

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Belegungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montagen.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
 jeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 8. August 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Anfang und Ende.

Wie Waldersee Weltmarschall wurde.

Es kann nicht wundernehmen, daß eine so kriegerische Natur, wie sie sich bei Waldersee später in so viel schneidigen Abschiedsreden auslebte, gleich beim Ausbruch der China-Unruhen brennende Sehnsucht danach empfand, sich im fernem China unter die meuternden Heiden zu stürzen. Waldersee hatte denn auch gleich im Anfang seine Person zur Verfügung gestellt, allein, da vorläufig nur Tientsin und Peking in blutigen Kämpfen zu erobern waren, sich jedoch keine Gelegenheit zur Schaffung einer neuen eigenartigen militärischen Würde und zur Entfaltung einer eines solchen Mannes würdigen Strategie bot, wurde Waldersees Angebot abgelehnt.

Erst später, als Taku zerstört und Tientsin nach wochenlangem blutigen Ringen genommen war, als sich ein zweites stärkeres Expeditionskorps unauflöslich gegen Peking vorzog, war der Zeitpunkt gekommen, Waldersee mit der bis dahin unbekanntem Würde der Weltmarschall zu bekleiden.

Als Waldersee sich nach China einschiffte, war auch Peking bereits genommen, war mit der Befreiung der Gefandten die schwierigste Aufgabe und — nach Ansicht verschiedener anderer Regierungen wenigstens — der Hauptzweck der China-Expedition erfüllt.

Die Ernennung Waldersees zum Weltmarschall erfolgte am 9. August. Aber bereits am 7. August hatte die „Köln. Ztg.“ einen ihrer „von sehr geschätzter Seite“ zur Verfügung gestellten Artikel veröffentlicht, der Expeditionen „über den Oberbefehl im Feldzug gegen China“ enthielt. Expeditionen, auf die wir noch an anderer Stelle zurückkommen werden.

Darüber, wie die Weltmarschall Waldersees eigentlich zustande kam, ist bisher eine völlige Klarheit nicht geschaffen worden.

In der Abschiedsrede, die Wilhelm II. am 18. August in Kassel an Waldersee und dessen Stab richtete, sagte er:

„Von hoher Bedeutung ist es, daß Ihre Rechnung zum Ausgangspunkt hat die Anregung und den Wunsch Seiner Majestät des Kaisers aller Russen, des mächtigen Herrschers, der weit bis in die asiatischen Länder hinein seine Macht fühlen läßt.“

Und Graf Skio erklärte in der Reichstagsitzung am 19. November vorigen Jahres:

„Dah gerade von russischer Seite Einwände gegen ein deutsches Oberkommando nicht erhoben werden würden, war vorauszusetzen bei den guten und vertrauensvollen Beziehungen, die glücklicherweise schon vor der Verjüngung der chinesischen Verhältnisse zwischen uns und Rußland bestanden. Daß aber Seine Majestät der Kaiser von Rußland... derjenige Monarch war, der vor allen andern Staatsoberhäuptern den Oberbefehl in meine Hände legte, das haben wir mit besonderem Danke anerkannt.“

Wenige Tage, bevor Wilhelm II. in Kassel die eiltierte Rede hielt, war in einem amtlichen Communiqué des Petersburger „Regierungsbüros“ der Ursprung des Waldersee-Kommandos folgendermaßen dargelegt worden:

„Als unter den Mächten ein Meinungsaustausch über die beste Art der Einigung bezüglich der Operationen der internationalen Truppen stattfand, wandte sich Kaiser Wilhelm direkt telegraphisch an Kaiser Nikolaus sowie auch an alle interessierten Regierungen und stellte den Feldmarschall Grafen v. Waldersee zur Verfügung, welchem in der Eigenschaft eines Oberkommandierenden die Leitung der Operationen der auf dem Kriegsschauplatz von Peking konzentrierten internationalen Truppen übertragen werden konnte. Von dem Wunsch befehle, die im fernem Osten entstandenen Verwicklungen in kürzester Zeit zu ordnen, antwortete Kaiser Nikolaus, daß er seinerseits kein Hindernis für die Annahme des Vorschlags Kaiser Wilhelms finde.“

Ferner enthielt die historische Einleitung der Anfang April d. J. im russischen „Regierungsbüros“ veröffentlichten Mandatschreiben-Erklärung folgende Stelle, die freilich vom offiziellen deutschen Depeschembureau eigenmächtigerweise unterschlagen worden war:

„Während der Zeit, als zwischen den Mächten ein Meinungsaustausch über das passendste Mittel zur Vereinbarung der Operationen der verbündeten Truppen stattfand, wandte sich Kaiser Wilhelm direkt an Se. Majestät den Kaiser und lobte an sämtliche ausländischen Regierungen mit dem Vorschlag, den deutschen Feldmarschall Grafen Waldersee zur Verfügung der Mächte zu stellen, der in seiner Eigenschaft als Oberkommandierender mit der Leitung der Operationen der auf dem Peking-Kriegsschauplatz konzentrierten internationalen Streitkräfte betraut werden konnte.“

Besorgt um die möglichst rasche Beilegung der im fernem Osten entstandenen Komplikationen, antwortete Se. Majestät der Kaiser, er seinerseits sehe kein Hindernis für die Annahme des Vorschlags Kaiser Wilhelms.“

Man sieht, daß zwischen diesen beiden Darstellungsarten eine Übereinstimmung durch noch so geschickte Interpretationsversuche nicht herzustellen ist.

Erwähnt sei noch, daß ein deutsches Blatt einmal behauptet hatte, daß bei der Führung Waldersees zum Weltmarschall zarte Damenhände im Spiele gewesen wären, die den Jaren zur Keuzerung der ihm zugeschriebenen Anregung veranlaßt hätten. Diese Darstellung ist jedoch von der offiziellen „Köln. Ztg.“ sofort dementiert worden.

Wie Waldersee sich die Weltmarschall schaffte.

Wir erwähnten bereits des von der „Köln. Ztg.“ am 7. August 1900 veröffentlichten Artikels „Ueber den Oberbefehl im Feldzug gegen China“, den sie der Mitwelterschaft einer „sehr geschätzten Seite“ zu danken hatte. In diesem Artikel wurde auseinandergesetzt, daß der Oberbefehlshaber auf unbedingten

Gehorsam aller Glieder rechnen müsse, daß ihm das Recht eingeräumt werden müsse, seinen Befehlen Widerstrebende vorläufig ihrer Stellung zu entheben.

Aber damit nicht genug: Auch die internationale politische Oberleitung müsse dem Oberbefehlshaber übertragen werden. Der Oberbefehlshaber allein dürfe das Recht haben, den Zeitpunkt der Eröffnung von Verhandlungen zu bestimmen und den eventuell wieder notwendigen Abbruch derselben zu dekretieren!

Wie die Weltmarschall schaffte in Wirklichkeit aussah.

Mit welchem Wohlwollen die Mächte die Ernennung Waldersees zum Weltmarschall aufnahmen, mögen einige nachfolgende Thatsachen beweisen.

Der französische Minister des Auswärtigen, Delcassé, erklärte gewissermaßen als Antwort auf die Ankündigung des Waldersee-Kreuzzugs:

„Die Stimme des Gewissens der ganzen Welt habe ihnen das nächste Ziel gewiesen: Befreiung der Gefandten. Das sei auch der Hauptzweck der gemeinsamen militärischen Aktion. Dieser Zweck sei nunmehr erreicht oder doch so gut wie erreicht.“

Die Absichten der amerikanischen Regierung spiegeln sich in folgender Depesche vom 22. August:

„Admiral Remy erhielt die Weisung, die mit Truppen und Munition unterwegs befindlichen acht Transportschiffe in Kagoschi anzuhalten, und wenn Chaffee (der Führer der amerikanischen Truppen in Peking) sie nicht brauche, nach Manila zu schicken. Etwa 600 Mann würden nach Shanghai geschickt werden, da die dortigen amerikanischen Firmen dringend verlangten, daß die Antonsstaaten durch eine bewaffnete Macht während der anglo-französischen Occupation vertreten sein sollen. Die Zahl der in Peking während der Friedensunterhandlungen zu belassenden amerikanischen Truppen solle Chaffees Discretion überlassen bleiben, aber er sei von dem Wunsche des Präsidenten Mac Kiuen unterrichtet, daß sie auf ein Schutzkorps beschränkt werden.“

Wie die englische Regierung, die doch an der Exponierung Deutschlands das meiste Interesse haben mußte, über das Wesen des Oberkommandos dachte, beweist folgende Auslassung des ministeriellen „Standard“:

„Der Bequemlichkeit wegen möge Waldersee Generallinus oder Oberbefehlshaber der vereinigten Streitkräfte genannt werden, aber es dürfe nicht vorausgesetzt werden, daß er die Art der Autorität über die gemischten Kontingente ausüben werde, wie etwa Lord Roberts in Südafrika. Seine Stellung werde vielmehr die eines Präzidenten eines Kriegsrats sein, er werde anerkennen müssen, daß seine Untergebenen notgedrungen eigene Ansichten haben, daß sie von ihren Regierungen mit Ratschlägen versehen werden, die nicht immer mit denen, die er selber empfangt, übereinstimmen könnten.“

Das Wohlwollen der russischen Regierung verrät sich deutlich genug durch die Erklärung des amtlichen Communiqués des russischen „Regierungsbüros“, wonach der Zar dem deutschen Kaiser geantwortet haben sollte, daß er der Ernennung Waldersees zum Weltmarschall „kein Hindernis“ in den Weg legen wolle.

Allgemein bekannt ist, daß Waldersee, als er endlich nach Beendigung des eigentlichen Krieges in China landete, seine Zeit mit dem Abhalten von Paraden und der Protegierung internationaler militärischer Sport-Angelegenheiten vertrieb, da selbst die mit so großem Eifer in die Hand genommene Organisation von Vogerjagden seinen Thätigkeitsdrang nur höchst unvollkommen absorbierte.

Die deutsche Presse über die Weltmarschall schaffte.

Auch die bürgerliche Presse war keineswegs ausnahmslos entzückt darüber, daß Deutschland die Führerrolle in den Chinawirren übernommen hatte.

Während die „Deutsche Tages-Zeitung“ sehr gemischte Gefühle äußerte, warf die konservative „Schlesische Zeitung“ die Frage auf, ob das Spiel wohl auch wirklich des hohen Einsatzes wert sei.

Die „Post“ äußerte ebenfalls Besorgnisse:

„Der erste Schritt einer Nacht könnte dazu verführen, die Begehrlichkeit der andern Mächte zu erregen und damit einen Krieg zu entzünden, bei dem voraussichtlich Europa die Kosten zu bezahlen hätte.“

Die „National-Zeitung“ stellte gar ein deutsches Regime in Aussicht.

Die „Rheinisch-Westf. Ztg.“ schrieb:

„Was nun? Schwimmen die hunderttausend Mann etwa nur noch zum Vergnügen auf hoher See, wird Graf Waldersee etwa nur Oberfeldherr der vereinigten Truppen „honoris causa“ sein? Wenn die Chinesen schon so wenig Widerstandskraft gegen die geringen Truppen der Verbündeten geleistet haben, wie viel weniger würden sie sich gegen die ungeheuren unterwegs befindlichen Truppenmassen entgegenstellen wagen. Damit fallen alle Klagereden ins Wasser, denn gegen Soldaten, die gar nicht kämpfen, kann man doch unmöglich den Grundsatze anwenden: Warden wird nicht gegeben.“ — Was aber soll nun noch der Walderseesche Oberbefehl? Nun, da durch das Wegfallen des ethischen, allen gemeinsamen Zieles die Einheit genommen, nun treten allein die divergierenden Tendenzen hervor. Was noch verbindet die Mächte? Nichts. Was trennt sie? Alles. Wirklich, es muß nun der Akt gekürzt werden, der die Nationen verbindet, zur Wahrung der heiligsten Güter! Ohne ein gemeinsames politisches Ziel kann es keine gemeinsame Armee und keine gemeinsame Aktion geben.“

In dem „Deutschen Volksblatt“, dem Centralorgan Württembergs, stand zu lesen:

„Ganz Süddeutschland mit Ausnahme einiger Interessenten und Kildentischen steht dieser Politik kühl bis aus Herz hinan gegenüber. Man sagt all das, was uns die Berliner Politik an Gut- und Blutopfer aufzwängt, unter dem Namen „moralische Eroberungen Preußens“ zusammen.“

Die „Germania“ schwang sich wenigstens dazu auf, jetzt endlich in den längst erhobenen Ruf um Einberufung des Reichstags einzustimmen.

Sehr kriegswütig geberdete sich, was bei ihren Beziehungen zu gewissen „sehr geschätzten Stellen“ nicht Wunder nimmt, die „Kölnische Zeitung“. Sie erklärte kategorisch: „daß der Kampf zwischen den beiden einander schmerzhaft widerstrebenden Welten bis zum bitteren Ende durchgeföhrt werden muß.“

Ein Programm, von dem später nicht mehr als alles abgesehen werden mußte!

Die „Kreuz-Ztg.“ glaubte, praktisch wie immer, den Kriegsfuror zur Entzündung eines gleichfalls heiligen Kreuzzugs gegen die „Socialdemokratie“ fruchtbarisieren zu können, gegen die sie „energische Ausnahme-Maßregeln“ verlangte.

Ganz Italiens aber war die „Vossische Ztg.“, die Vertreterin der Berliner „Freisinnigen Volkspartei“ geworden:

„Deutschland hat sich nicht dazu gedrängt, den Oberbefehl zu führen. Seine Truppen würden unter jedem fremden Oberbefehl ihre Schuldigkeit thun haben und an Pflichtgefühl niemand gewinnen sein. Wir haben in keinem deutschen Blatt die Bedeutung eines Wunsches geäußert, daß man den Oberbefehl deutschen Händen anvertrauen möge. Aber nun die Sache entschieden ist, dürfen wir wohl freimütig zugestehen, daß wir uns gewundert hätten, wenn es anders gekommen wäre. Seines Gleiches darf sich jedermann rühmen, und keines andern Vorzugs wollen wir uns rühmen als unfes Fleisches. Das Kriegshandwerk wird in Deutschland mit einem Ernst und einer Gewissenhaftigkeit geübt, die nicht übertroffen werden kann. Und die 30 Friedensjahre haben daran nichts geändert. Wer einen Krieg beginnt, greift stets in einer Postop: wir hoffen aber, daß mit der Wahl des Grafen Waldersee eine glückliche Nummer gezogen worden ist.“

Waldersee als Redner.

Der neugeborene Weltmarschall aber, nicht zufrieden mit seiner Rufe als großer Krieger und Veter, produzierte sich nunmehr auch als Redner.

An eine Liedertafel, die ihm ein Gländchen brachte, richtete er folgende Ansprache:

„Die mir durch die Uebertragung des Oberkommandos gestellte Aufgabe ist eine schwere, und es ist bis jetzt in der Weltgeschichte noch nicht dagewesen, daß ein Feldherr so viele Truppen verschiedener Nationen kommandiert hat. Ich ziehe ja aber nicht allein hinaus, und es stützt mich in meinem Vertrauen, daß ich 15000 deutsche Soldaten bei mir habe. Ich hoffe, daß es mir gelingen wird, das mir geschenkte Vertrauen zu rechtfertigen und den Beweis zu erbringen, daß ich wirklich der rechte Mann am rechten Platze gewesen bin.“ Dann sangen die Sänger das Lied: „Kur die Hoffnung festgehalten.“

Bei dem Abschied von Hannover am 15. August sagte er unter andern, daß er als Jäger es für ein gutes Omen halte, daß ihn so viele hübsche Damen begrüßten.

Eine andre Stelle der Rede lautete:

„Ich weiß, daß wenn aus den jetzigen Wirren neue Verwicklungen entstehen werden, das 10. Kammerkorps unter der Führung unsres hervorragenden kommandierenden Generals Glänzendes leisten wird.“

Eine Redewendung, die ihm einen Küffel der „Köln. Ztg.“ eintrug, die es tabelte, daß Waldersee den Teufel an die Wand gemalt habe. Selbst wenn er mit solchen Eventualitäten gerechnet habe, habe er nicht von ihnen sprechen dürfen.

Diese Aeußerung beweist übrigens, daß Waldersee damals seine Chinamission mit aller Schneidigkeit durchzuführen zu müssen glaubte, selbst auf die Gefahr schwerster internationaler Verwicklungen hin. Er hat später sein Temperament güteln lernen müssen!

Am 18. August antwortete Waldersee auf die kaiserliche Ansprache u. a. mit folgender Beteuerung:

„Ich bitte Eure Majestät, die Versicherung gnädigst anzunehmen, daß, so lange der Arm die Kraft behalten wird, diesen Stab zu halten, ein Befehl zum Rückzug über meine Lippen nicht kommen wird.“

Eine Versicherung, die auch von dem Teil der Presse, der mit dem Chinakreuzzug einverstanden war, mannigfach kritisch glossiert wurde.

So meinte zum Beispiel die „Kölnische Volkszeitung“:

„Es hat schon viele Feldherren gegeben, die mindestens so groß waren, wie Graf Waldersee, und die trotzdem den Rückzug antraten. Sie haben damit entschieden besser gehandelt, als wenn sie ihre Truppen zum Kanonenfutter gemacht hätten.“

Uebrigens bildet der obige Satz aus der Rede Waldersees eine auffallende Parallele zu einer Aeußerung in dem mehrerwähnten Artikel der „Köln. Ztg.“ über den Oberbefehl in China. Dort war nämlich ausgeführt worden, daß es Ehrensache Semours gewesen sei, falls er die Gefandten bei seiner Entfahrexpedition nicht hätte befreien können, mit ihnen oder für sie unterzugehen. Eine Parallellität der Ansichten, die ziemlich

sichere Schlüsse auf die Person des Verfassers dieses Artikels zuläßt.

Der Vorschuh-Vorbeer.

Ueber die Reise Waldersee's durch Süddeutschland brachte das offizielle Depeschenbureau eine ganze Reihe langer schwülstiger Telegramme, in denen die Fahrt mit einem Triumphzuge verglichen wurde.

Als Stich- und Stillprobe diene folgende Meldung:

„Die Fahrt des Sonderzugs des Feldmarschalls Grafen Waldersee durch die deutschen Lande gleicht einem Triumphzuge. Die preussische, die sächsische und die bayerische Bevölkerung längs der Linie, die der Sonderzug des Armeekorps-Commandos befährt, wetteifern in herzbelebenden, spontanen, patriotischen Kundgebungen. Der Feldmarschall ist der freudig bewegte Empfänger begeisteter Ovationen, wie ähnliche seit 1870/71 nicht vorgekommen sein dürften. Ein Zug von hohem Enthusiasmus weht durch diese dem Moment entsprungenen Kundgebungen des Volks, die sich in ernsten Ansprachen der Magistrate, patriotischer Musik, Blumen- und Spenden und Liebesgaben äußern. Bemerkenswert ist die impulsive Natur dieser civilen Begrüßungen, da militärische Empfänge fast ausnahmslos sich durch die Abwesenheit der Garnisonen im Liebungsgelände von selbst verbieten. Besonders herzlich waren die Begrüßungen in Reichensbach und Hof unter ständlicher Beteiligung der arbeitenden Klassen und der von weit hergewanderten ländlichen Bevölkerung.“

Selbst den loyalsten Blättern wurde dieser Spektakel doch zu toll. So schrieb die „Weser-Zeitung“:

„Bei uns wird jubelnd Tamtam in solchen Dingen gemacht und damit machen wir uns vor fremden Völkern lächerlich. . . Was bleibt noch übrig, wenn er wirklich als internationaler Heerführer die Chinesen zu Paaren treibt?“

Reisepfesen und Leibkock.

Dem „Oberkommandierenden“ in China war während der Dauer seines Aufenthalts in Ostasien eine Remuneration von 2000 Mark pro Monat und an Repräsentationskosten eine Summe von monatlich 10000 M. bewilligt worden.

Da das etatsmäßige Gehalt Waldersee's pro Jahr 30000 M. betrug, bezog der Weltmarschall in China ein Jahreseinkommen von 174000 M.

Außer dem Asbesthaus und zwei kaiserlichen Leibgendarmen begleitete Waldersee ferner ein Leibkock, dessen Jahresgehalt 10000 M. betrug.

Trotz dieser einzigartigen Reise-Ausstattung hatte Waldersee doch eine Kleinigkeit vergessen. Als Napoleon seinen Zug nach Aegypten antrat, besaßen sich in seinem Stabe 46 Mitglieder der Polytechnischen Schule, darunter namhafte Gelehrte, denen der Feldzug Gelegenheit zu kulturhistorischen Studien geben sollte, wozu sich denn auch reiche Gelegenheiten fand.

Waldersee trat die Fahrt nach einem noch unendlich reicheren und geheimnisvolleren alten Kulturland an, aber daran, daß die immensen Kulturschätze China zu einem andren Zwecke da sein könnten, als der Vernichtung aufheimgesallen, hat man keinen Augenblick gedacht.

Ueber Waldersee's Wirken in China

läßt sich sehr viel und auch sehr wenig sagen. Sehr viel, wenn man eine ermüdende Aufzählung der zahllosen Bogerjagden und eine Darstellung der endlosen diplomatischen Spiegelschereien geben will. Sehr wenig, wenn man nur das Facit aus der erbebenden Thätigkeit des Weltmarschalls und der Herren Chinadiplomaten zieht.

Wir ziehen das letztere vor.

Schon bevor Waldersee seine Chinareise antrat, war Peking erobert, waren die Gesandtschaften entsetzt, war dem Aufstand das Rückgrat gebrochen. Waldersee blieb nur die Nachlese der Vorgesandten, durch die zwar ungezählte Tausende von Chinesen zur Strecke gebracht wurden, die aber selbstverständlich dem Hundertmillionenvolk die Gelüste zu späteren Erhebungen nicht austreiben konnten. Eine Garantie für künftige Ruhe ist nicht im mindesten gegeben, viel eher ist anzunehmen, daß der Riesennation unilgbarer Haß gegen die „fremden Barbaren“ eingemipft worden ist.

Auch die „Sühne“ ist eine sehr fragwürdige geblieben, befinden sich doch die „Hauptanklaiser“ noch am Leben und höchst wahrscheinlich auch noch am politischen Fuder. Die Entschädigungsfrage ist erst auf dem Papier gelöst.

Nur der Sühne-Prinz befindet sich bereits unterwegs nach Europa, um Abbitte für die chinesischen Frevler zu leisten und um sich durch eine Rundreise an den verschiedenen Höfen einen reizenden Einblick in das eifersüchtige Intriguenspiel der „verbündeten“ Kabinette zu verschaffen.

Trotz Weltmarschalls und Wilow-Roten zieht Deutschland als blamierter Europäer heim.

China bildet noch immer ein Chaos, ein schlecht verwahrtes Pulverfaß, einen Bankapfel für die annektonalsternen Mächte. Trotz des deutsch-englischen Vertrages hat Rußland höhnischelnd die Mandchurei annektiert. Und Frankreich soll eine Anexion der Provinz Nunnan beabsichtigen. England will aus Sorge um die deutsche Rivalität im Yangtse-Gebiet Deutschland in belannter Grobmut als Danaer-Geschenk Weihaiwei aufhängen!

Aber einen Erfolg hat der China-Kreuzzug, hat die Weltmarschallschaft doch gehabt: wir hinterlassen in China eine Dauerbefähigung, die den Kern zu einer stattdlichen Kolonialarmee bilden soll.

Und angeht dieser Erfolge sollte das deutsche Volk dem heimkehrenden Triumphator nicht frenetisch zuzuschlagen?!

Der Schluß-Kalleffekt.

Die Bogerjagden hatten durch ihre ewige Wiederholung selbst für den kriegslustigsten Kattimann allen Reiz verloren, so daß man an dem friedlichen Sport der Pferde-Mennen und Fuchs-Jagden in Peking — Ehrenpräses Weltmarschall Waldersee — mehr und mehr Vergnügen fand. Die Friedens-Unterhandlungen schleppten sich mit tödlicher Langeweile dahin. Es war zum Verzweifeln trift geworden in China und die Privat-Telegramme Waldersee's an die Gattin atmeten das rührendste Heimweh.

Da bot sich noch einmal unerhoffte Gelegenheit zu einer herzerrischend christlich-germanischen Großthat.

Es war im April des Jahres 1901. Der chinesische General Liu hatte mit einer ziemlich starken Truppenmacht die vom Weltmarschall abgesteckte Demarkations-Linie überschritten. Das durfte natürlich nicht gebuldet werden. Der ganze Effekt der Bogerjagden wäre ja aufs Spiel gesetzt, das ganze Prestige verherzt gewesen. Zwar war man ja längst in Friedens-Unterhandlungen eingetreten, aber das hinderte nicht, in der Provinz Tschiti noch strengstes Hausrecht zu üben.

Dem dreisten Liu wurde dem sofort die Weisung zugefandt, sich schleunigst wieder hinter die chinesische Mauer zurückzuziehen, widrigenfalls man ihn als Boger behandeln werde. Liu zog sich denn auch zurück, aber nicht mit jener respektvollen Pflöchlichkeit, die

der Befehl eines Igl. preussischen Weltmarschalls auch bei einem chinesischen General voraussetzt. Es wurde deshalb zu seiner Züchtigung schleunigst ein starkes Expeditionscorps abgefandt, dem sich auch eine französische Abteilung angeschlossen. Die Franzosen nahmen sich bei ihrem Marsche die Zeit, die deutschen Truppen jedoch machten derartige Gewaltmärsche, daß sie den „Feind“ glücklich noch ein paar Meilen diesseits der Mauer zu paden kriegten. Und nun wurde mit einem Schneid avanciert, der selbst die fromme „Germania“ verzückt von „glorreichen Waffenthaten“ reden ließ. Daß diese glorreiche Waffenthat und das damit verbunden gewesene Blutvergießen — den Deutschen kostete der „Sieg“ 8 Tote, 13 Schwere und 36 Leichtverwundete — hätte vermieden werden können, wenn die Deutschen nicht alles aufgebieten hätten, den Chinesen den Rückzug abzuschneiden, spielte für das Centrumblatt weiter keine Rolle.

Nachdem die deutschen Sieger Granaten unter die Liegenden geschossen und sie einige Meilen über die Demarkationslinie hinaus verfolgt hatten, trat man den Rückzug an, bei dem man — wie der „alte preussische Offizier“ der „Frankf. Ztg.“ hervorhob — die Franzosen eigentümlicherweise um Dedung der Flanke angehen mußte. Und den ruhmgeliebten Siegern folgte auf dem Fuße der geschlagene General Liu, um seine Stellungen innerhalb der Demarkationslinie wieder einzunehmen!

Der französische General Bailloud aber, der nach dem Rückzug der deutschen Truppen noch im Districte blieb, fühlte sich nicht im geringsten veranlaßt, nun seinerseits den dreisten Liu über die Grenze hinauszuspeditieren. Ja, mehr noch, wenige Tage darauf verband sich General Bailloud mit dem Chinesen-General, um gemeinsam mit demselben die Ruhe im Süden Pootingfus zu sichern!

Demnach erfolgreich endete der China-Kreuzzug!

Die Liquidation.

Kurz darauf lief in China aus allen Staaten die Weisung ein, den Rest der Chinatruppen bis auf die zur dauernden Besetzung der Linie Peking-Tientsin-Taku bestimmten Mannschaften zurückzuziehen.

Am 26. Mai erfolgte dann auch die deutsche Rückkehr-Ordnung, die die Auflösung des Expeditionscorps und das Erlöschen der Weltmarschallschaft Waldersee's anordnete. Und Waldersee schnürte sein durch den Palastbrand und die Einäscherung seines „unverkennbaren“ Asbesthaufes schmerzlich zusammengekrümpftes Bündel. . .

Ueberraschend, improvisiert wie der Anfang war auch das Ende.

Waldersee's letzte That.

Der verflozene Weltmarschall befand sich bereits auf der Reise nach Japan, als er in Tientsin nochmals eine programmwidrige Station machen mußte, diesmal nicht als Rache — sondern als Friedensengel. In Tientsin war es nämlich zu einem ganz bössartigen Krawall zwischen den „verbündeten“ Truppen gekommen. Einige englische Soldaten, die Polizeidienst ausübten, hatten französische Soldaten abhalten wollen, in ein Bordell einzubrechen. Als die Franzosen die englischen Spielverderber mit dem Boyonett angriffen und die Engländer Schreihälste in die Luft abgaben, eilte eine Anzahl deutscher Soldaten den Franzosen zu Hilfe und es kam zu einem Gefecht, an dem sich 200 Mann beteiligten. Die Engländer feuerten in ihrer Bedrängnis nummehr scharf und töteten einen französischen Soldaten, während drei französische und fünf deutsche Soldaten verwundet wurden.

Es bedurfte des schlichtendsten Eingreifens Waldersee's, um die „verbündeten“ Truppen davon abzuhalten, sich zuguterletzt noch einmal gegenseitig weitere Schlächten zu liefern.

So konnte Waldersee schließlich doch noch mit der verhoffentlich stimmenden Erinnerung eines unbestrittenen Erfolges das „verbündete China“ verlassen, wie es von den dynamischen China-Kriegern gekauft worden war.

Der Hamburger Ehrenbürger.

Hamburg hat sich die Ehre nicht entgehen lassen, Waldersee das Ehrenbürgerrecht zu verleihen und zwar, wie es in der Adresse der Bürgerhaft heißt, in Anerkennung der hervorragenden Verdienste, die auch Hamburgs Bevölkerung Waldersee schulde. In der Kundgebung des Senats an das Bürgerturn, in der diese Ehrung angeregt wird, ist von den Verdiensten Waldersee's für den „Weltfrieden“ und die „Handelsbeziehungen im fernen Osten“ die Rede.

Ueber die Förderung des deutschen Handels durch die China-Kreuzfahrt urteilte das Organ des hamburgischen Großhandels, der „Hamburgische Korrespondent“, im November vorigen Jahres folgendermaßen:

„Die Gegner werden daher wohl alle Wucht ihres Angriffs auf den Punkt legen, daß der Handel mit China vorläufig noch verhältnismäßig gering ist und daß, selbst wenn man eine Steigerung in der Zukunft in Aussicht nimmt, schwerlich davon die Rede sein kann, daß die Kosten der Expedition in dem Sinne wieder ganz weit gemacht werden können, indem man sagt: „Der durch und im Anschluß an die Expedition gesicherte steigende deutsch-chinesische Handel ist der Gewinn bedeutende Ertrag für die Kosten der Expedition.“ An der Hand der statistischen Thatfachen ist es wohl nicht angängig, wenn man nicht geradezu reine Zukunftspolitik treiben will, diesem Verdikt der Gegner der Reichspolitik das Argument entgegenzustellen: Das wird doch der Fall sein. Es muß also die Möglichkeit zugegeben werden, daß die speziellen in China ausgegebenen Summen unter Umständen nicht direkt in China wieder eingebracht werden können, wenn es nicht gelingt, infolge der Friedensbestimmungen finanzielle Entschädigungen zu erhalten.“

Und über die „Förderung des Weltfriedens“ fällt ein andres Hamburger Blatt, die „Hamburger Nachrichten“, Ende Mai d. J. nach der Liquidation des China-Abenteuers folgendes ägende Urteil:

„Trotz des großen dekorativen Aufwands, mit dem die chinesische Mission Deutschlands vor bald einem Jahre unternommen worden ist, trotz der Hymnen, welche die „fizielle“ Presse der neuen, auf diese Weise eingeleiteten Weltmacht, „politisch“ spendete, hat das deutsche Volk sich nie dafür begeistert.“

Die Stimme der nicht künstlich beeinflussten öffentlichen Meinung ging dahin, daß wir keinen Grund hätten, in China schärfer aufzutreten, als die dort ähnlich interessierten Großmächte, als Frankreich oder England oder Amerika. Statt dessen wurde eine Expedition ausgesandt, welche die aller andren Mächte an Kopfzahl und Kostspieligkeit übertraf; man erlangte auf bekannte Weise den Oberbefehl über die gesamten Kontingente und Graf Wilow versuchte in diplomatischen Noten den Gang der Entwicklung in China seinerseits zu bestimmen. Vor dem deutschen Volke aber wurden die Maßnahmen, die uns in eine ganz unnötig exponierte Stellung bringen mußten, mit dem Hintwickel darauf begründet, daß wir durch den Tod unseres Vertreters ganz besonders engagiert seien. Wer damals seine Bedenken gegen diese Auffassung geltend zu machen suchte, lief Gefahr, von der offiziellen Presse des Vaterlandsverrats geziehen zu werden. . . Jetzt werden diejenigen Truppen und Schiffe zurückberufen, deren es in China wohl überhaupt nicht bedurft hätte.

Was zurückberufen wird, hätte wahrscheinlich allein die Aufgabe erfüllen können, die zu lösen war. Man belagert die Berlinse an Leben, Gesundheit und besonders an Nationalität. In diesen Opfern tritt noch, wie wir fürchten, eine Einbuße an Aufsehen; denn darüber kann man sich doch nicht täuschen: den gesehenen Verhandlungen, den heraldischen Räten, dem so stark markierten deutsch-englischen Abkommen ist die Schamade gefolgt.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. August.

Die Rechtskraft der Landesstrauer.

Einen schweren Eingriff in die privaten Erwerbsverhältnisse bildet die Kabinettsorder, die für mehr als eine Woche Landesstrauer in der Weise verfügt, daß „öffentliche Musik, Lustbarkeiten und Schauspiel-Vorstellungen“ während dieser Zeit verboten sind.

Man hat jedoch die Großgrundbesitzer des Ostens mit reichlich bemessenen Armenunterstützungen bedacht, weil die Winterfaat mihäralen ist. Hier übernimmt der preussische Eisenbahnminister Herr von Tzielen, der die Kabinettsorder gegenzeichnet hat, die Verantwortung dafür, daß Tausende von Personen, die ohnehin eine proletarische Existenz führen, für acht, neun Tage zur Erwerbslosigkeit gezwungen sind.

Der Direktor eines Sommertheaters in einer großen preussischen Stadt telegraphiert uns heute: „Wenn Kabinettsorder wegen neuntägiger Landesstrauer anrecht erhalten wird, muß ich mein Sommertheater schließen. Zweieinzig Personen werden dadurch brotlos.“ Das ist ein Stimmungszeichen!

Wie groß der Kreis der Beteiligten ist, geht aus der letzten Verfassungsstatistik hervor. Danach waren in Musik, Theater, Schauspielungen aller Art im Deutschen Reich erwerbsthätig 65565 Personen, davon 69880 Direktionspersonal, Schauspieler, Musiker, Künstler, 1303 Verwaltungspersonal, 5382 Hilfspersonal. Rechnet man auf Preußen nur 2/3 dieser im Deutschen Reich Erwerbsthätigen, so ernst man die ganze furchtbare Bedeutung dieser „Landesstrauer“! Fast alle diese Personen aber sind unmittelbar und direkt durch die Verfügung aufs schwerste materiell betroffen. Es entgehen ihnen nicht nur die täglichen „Spielgelber“, die Theaterarbeiter verlieren nicht nur den Tageslohn, sondern nach den üblichen Kontrakten ist der Unternehmer nicht nur zur Kürzung der Gage, sondern sogar zur Lösung des Vertrags berechtigt.

In den für die Angestellten vorteilhaftesten Kontrakten, den von der Bühnengenossenschaft ausgearbeiteten Normalverträgen, giebt es eine Landesstrauerklausel, die folgendermaßen lautet: „Wird das Theater von der Staatsbehörde wegen Landesstrauer auf nicht länger als 3 Tage geschlossen, so bleibt der Vertrag bestehen und die Bühnenleitung ist zur Zahlung der Gage verpflichtet. Wird jedoch das Theater auf mehr als 3 bis 8 Tage geschlossen, so bleibt der Vertrag bestehen, die Bühnenleitung ist jedoch nur verpflichtet vom ersten Tage der Schließung ab 1/2 Gage zu bezahlen. Bei behördlich erfolgter Anordnung einer längeren Schließung als 8 Tage, steht der Bühnenleitung eine stägige Kündigung des Vertrages frei, doch muß Gage und Spielgeld bis zum Schließungstage voll bezahlt werden.“ Letztere Bestimmung tritt diesmal in Kraft.

Das ist aber noch der günstigste Vertrag. In den Verträgen der Theateragenturen ist die Fassung meist viel schärfer. So lautet die Bestimmung in einem uns vorliegenden Vertrag:

„Während der Schließung der Bühne infolge von Landesstrauer fällt jeder Anspruch an die Direktion auf Gage und garantiertes Spielhonorar fort, ohne daß die kontraktlichen Obliegenheiten des Mitglieds dadurch aufgehoben werden. . . . Dauert der behördliche Bühnenschluß länger als 8 Tage, ist die Direktion berechtigt, den Vertrag aufzuheben, jedoch nur, wenn die Aufhebung gegen das gesamte Personal erfolgt.“

In den Spezialitäten-Theatern dürften die Bestimmungen noch ungünstiger sein.

Man sieht, welche Fälle von Not und Elend aus dieser einen Verfügung quillt. Und die preussischen Staatsbürger, die ihre Steuern zahlen, — auf Grund welchen Rechtsittels wird plötzlich ihre Erwerbsthätigkeit geschädigt?

Hat der preussische König wirklich das Recht, ohne Befragung des Parlaments, in die private Erwerbsthätigkeit eingzugreifen?

Die Kabinettsorder, aus der das Recht des Landesherren abgeleitet wird, stammt aus dem Jahre 1707, eine milde und teilweise aufhebende Abänderung aus dem Jahre 1845 — alles also aus der vor konstitutionellen Zeit Preußens, als die königlichen Kabinettsordres zwar auch schon an gewisse Bedingungen geknüpft waren, um Rechtskraft zu erhalten, im allgemeinen aber doch des „höchsten Befehls“ darstellte. Seitdem haben wir die Revolution und eine Verfassung erhalten, und wenn auch die aufgezogene Verfassung der Gegenrevolution recht reaktionär ist, so mittelalterlich ist sie doch nicht, daß sie das Recht des Monarchen zuläßt, aus eigener Machtvollkommenheit die Erwerbsthätigkeit der Staatsbürger durch Kabinettsordres zu bestimmen.

Das geltende Staatsrecht weiß nichts von derartigen Möglichkeiten. Es giebt keine Verfügungen über die staatsbürgerliche Freiheit, außer in Anwendung bestehender Gesetze oder auf dem Wege verfassungsmäßiger Schaffung von Gesetzen. Allerdings hat die Krone das Recht, Verordnungen ohne Hinzuziehung des Parlaments, nur unter Gegenzeichnung des Ministers zu erlassen, aber das heutige preussische Staatsrecht begrenzt diese Möglichkeiten aufs schärfste. Abgesehen von sogenannten Notverordnungen in Fällen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder der Beseitigung eines ungewöhnlichen Notstandes (die aber nicht die Verfassung und kein Verfassungsgesetz aufheben dürfen), giebt es Verwaltungsverordnungen und Rechtsverordnungen des Monarchen. Erstere beziehen sich überhaupt nur auf Behörden und Beamte, letztere sind nur möglich als Ausführungsverordnungen bestehender Gesetze.

Es ist klar, daß die Kabinettsorder über die Landesstrauer unter keine dieser Bestimmungen fällt, oder genauer nur insoweit Geltung haben kann, als Behörden und Beamte in Betracht kommen. Für nicht beamtete Staatsbürger bedeutet die Kabinettsorder „neues Recht“, das aber nicht rechtsgültig ist, weil es ohne Mitwirkung der Kammer zu stande gekommen ist. Der Krone steht es nach geltender Verfassung nicht zu, anders als in Ausführung bestehender Gesetze die Staatsbürger verpflichtende Verordnungen zu erlassen. Es giebt aber kein verfassungsmäßig zu stande gekommenes preussisches Gesetz über die Landesstrauer, mithin ist die Kabinettsorder rechtsungültig, wenn auch subjektiv der aus der langen Gewohnheit erklärliche Glaube an die Rechtsgültigkeit zweifellos bestanden hat!

Wohin kämen wir auch, wenn der Monarch derartige Rechte hätte! Könnte er nicht schließlich sechs Wochen oder drei Monate Landesstrauer verfügen, oder verordnen? daß während dieser Zeit alle Gasthäuser geschlossen, oder daß zu Ehren der Rückkehr Waldersee's sämtliche Fabriken zu feiern hätten? Die eine Verordnung wäre genau so berechtigt wie die andre — nämlich schlechterdings ungültig.

Es wäre einer unabhängigen Theaterdirektion zu raten, daß sie die Frage einmal zur Entscheidung brächte, und ohne sich um die objektive Rechtmäßigkeit Kabinettsborders zu kümmern, ruhig spielte. Verhindert die Polizei dann etwa gewaltsam die Aufführung, so würde man es mit einer Klage versuchen müssen. Freilich hat die Sache noch eine Schwierigkeit.

Es ist nämlich eine streitige Frage, ob die Gerichte zuständig sind, die Rechtsgültigkeit königlicher Verordnungen zu prüfen. Immerhin läme es auf einen Versuch an.

Artikel 106 der preussischen Verfassung bestimmt: „Die Prüfung gehörig veränderter königlicher Verordnungen steht nicht den Verordnern, sondern nur der Kammer zu.“ Unter allen Umständen sollten also die von der Kabinettsorder Geschädigten die gar nicht zweifelhaftige Frage der Rechtsgültigkeit vor den preussischen Landtag bringen, dem dann die Entscheidung zufallen würde.

Es ist von dem für die Kabinettsorder verantwortlichen Eisenbahnminister nicht zu verlangen, daß er sich über die juristische Ungültigkeit der von ihm unterzeichneten Urkunde klar geworden wäre. Auf jeden Fall hätte er aber, aus seiner Kenntnis der verhängnisvollen wirtschaftlichen Schädigungen, die die Verordnung zur Folge haben mußte, es ablehnen sollen, ihr durch seine Gegenzzeichnung die formelle Rechtsgültigkeit, die „gehörige Verlautbarung“ zu ermöglichen. An der materiellen Rechtsgültigkeit der Verordnung freilich ändert auch die ministerielle Gegenzzeichnung nichts.

Der Zollwucher.

Die „Berliner Korrespondenz“ kündigt eine Konferenz im Handelsministerium an, deren Veranstaltung sich der bisheriger Vorbereitung der zollpolitischen Fragen durch die Regierung würdig anschließt. Die „Korresp.“ sagt:

Durch die Erhebungen und Verhandlungen des Wirtschaftlichen Ausschusses, die dem kürzlich veröffentlichten Entwurf eines neuen Zolltarifs vorangegangen sind, ist ein so reichhaltiges tatsächliches Material zu Tage gefördert worden, daß von einer allgemeinen Anhörung der amtlichen Handelsvertretungen abgesehen werden kann. Der Minister für Handel und Gewerbe beabsichtigt aber diejenigen einzelnen Punkte, hinsichtlich deren ihm noch weitere Aufklärung erwünscht erscheint oder infolge der veränderten Lage der Industrie eine von der früheren verschiedene Beurteilung Platz greifen kann, unter Zuziehung einer beschränkten Zahl von Vertretern der entgegenstehenden beteiligten Interessen mündlich zu erörtern. Als Zeitpunkt hierfür ist die zweite Hälfte des September in Aussicht genommen.

Anstatt die Vertretungen des durch die neuen Zollpläne der Regierung schwer bedrohten Handels ausgiebig zu hören, trifft der preussische Handelsminister willkürliche Auswahl, um sich zu unterrichten nicht über das, was der Handel wünscht, sondern über Einzelheiten, über die er selbst noch der Aufklärung zu bedürfen zugiebt. Diese seltsame Veranstaltung wird Herru Müller nicht des Ruhmes berauben, Minister gegen den Handel zu sein.

Die Mitteilungen des „Wolffschen Telegraphenbureaus“ über die Drohungen Rußlands, seine Grenze für die Preußengänger zu schließen und die weitere Vorbereitung des Handelsvertrages einzustellen, sollen nach den Erfindungen eines Sozialblattes bei der Berliner russischen Botschaft unrichtig sein. Die agrarische Presse, die durch jene Mitteilungen überaus erregt worden ist und die Regierung aufgefordert hat, dem offiziellen Bureau einzuschärfen, daß es dem Buchertarif ungünstige Äußerungen des Auslands unterzulegen müsse, — die agrarische Presse würde erleichtert atmen, wenn die Unrichtigkeit der Nachrichten gesichert wäre.

Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß das Wolffsche Bureau, das der sorgfältigen Kontrolle des auswärtigen Amtes unterliegt, unrichtige Meldungen verbreitet hat. Das auswärtige Amt mag wohl ihm unangenehme Telegramme beseitigen, aber es wäre sinnlos, Nachrichten hinausgehen zu lassen, deren Unrichtigkeit der nächste Tag erweisen würde.

Judem steht fest, daß die russische Regierung die Hinderung der Preußengängerei längst vorbereitet hat. Der „Hamb. Korrespondent“ schreibt hierüber:

Wir erhalten von wohlanterreichtester Seite aus St. Petersburg Mitteilungen, die gar keinen Zweifel mehr bestehen lassen, daß man es hier keineswegs mit einem „Schreckenshuh“ zu thun hat, wie die Presse des Bundes der Landwirte meint, sondern mit einer lang und wohl vorbereiteten politischen Aktion. Wie wir hören, hat nämlich das russische Ministerium des auswärtigen Angelegenheiten unter dem Titel „Russische Arbeiter in Preußen; Auszüge aus den Berichten der russischen Konsuln in Deutschland“ eine Denkschrift ausarbeiten lassen, deren Zweck es ist, ein Bild der wirtschaftlichen und rechtlichen Lage der sogenannten Preußengänger zu geben und die angebliche Erbärmlichkeit dieser Lage darzustellen, zugleich aber nachzuweisen, daß die fragliche Arbeitskraft für die Landwirtschaft des deutschen Ostens unentbehrlich sei. Diese Denkschrift ist dem Zaren vorgelegt und, wie es heißt, von ihm, der sich für die Lage dieser seiner Unterthanen lebhaft interessieren soll, mit allerley drastischen Bemerkungen versehen worden, entsprechend den grau in grau gehaltenen Schilderungen der Konsuln von den schlechten Lohn-, Verpflegungs- und Unterkunftsverhältnissen der Leute, ihrer unsicheren Rechtslage und der harten Behandlung, die ihnen seitens der Arbeitgeber zu teil werde. Nun sind wir im allgemeinen überzeugt, daß die Preußengänger nicht des Vergnügens halber über die Grenze gehen und in ihrer russisch-polnischen Heimat nach keiner Richtung hin bessere Verhältnisse zurückerlangen, als sie bei uns antreffen. Aber darauf kommt es nach der Lage der Dinge zunächst nicht an. Es fragt sich vielmehr einzig und allein, wie man an maßgebender russischer Stelle die Sache ansieht, und da erhält man denn tatsächlich den Eindruck, als ob Rußland die Spernung seiner Grenze für abwandernde Arbeiter als eines seiner ersten, nächstliegenden und zugleich wirksamsten Kampfmittel betrachtete und fest entschlossen wäre, auf eine deutsche Roggenzollerhöhung den Trumpf der Leutenot zu setzen.

Die sächsische Regierung und der Zolltarif.

Aus Sachsen wird uns geschrieben:

Eine lächerliche Komödie würde die sächsische Regierung aufzuführen, wenn sie, wie die „Deutsche Tageszeitung“ wissen will, „berufene Vertreter“ der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels — Arbeiter bleiben selbstverständlich ausgeschlossen — versammelt würde, die ihre Wünsche und Bedenken über den neuen Zolltarif äußern sollen. Es könnte sich in dieser Konferenz eigentlich nur darum handeln, den Agrariern durch die Vertreter der Industrie und des Handels einen Dämpfer aufsetzen zu lassen, damit die Regierung, die in den Händen konservativ-agrarischer Liebenswürdigkeiten schier erstickt, etwas Luft kriegt. Ein derartiger Verlauf der Konferenz würde aber nur auf neue die Schwäche der Regierung betonen, die es aus allerdings stamverwandten Gründen nicht magt, der Annahme und Begehrlichkeit der konservativ-agrarischen Landtagsklasse entgegenzutreten.

Bedenkt man, daß diese Klasse und ihr agrarischer Anhang die verschwindende Minderheit der Bevölkerung Sachsens vorstellen, dann müßte dieser Schachzug der Regierung um so noainer erscheinen. Denn für sie, die Regierung, muß es doch klar sein, daß Sachsen durch die geplanten Zoll-erhöhungen einen Schlag erleidet, der seine ganze Existenz in Frage stellen müßte. Ja selbst die Regierung läme nicht nur in finanzieller, sondern auch politischer Beziehung in eine immer ärgere Klemme.

Jetzt steht es schon schlimm genug um die Finanzen des sächsischen Staats, so daß die Regierung nicht weiß, woher sie neue Einnahmen erlangen soll, ohne zu stehlen; bei einer noch stärkeren Auspovertung der Bevölkerung durch den Brotwucher — auch höhere Industriegölle haben diese Wirkung — müßte die Steuerkraft des Volkes zurückgehen, die Finanzen des Staates würden also noch mehr in Verfall geraten. Ist es unter solchen Verhältnissen noch nötig, Konferenzen zu veranstalten? Selbst wenn man annehmen wollte, die Regierung habe die selbstmörderische Absicht, den Zolltarif im Bundesrat zu unterstützen und wolle darum den sächsischen Agrariern in der Konferenz Gelegenheit geben, mit gewohnter Grohm-ündigkeit zu schreien über die Not der Landwirtschaft, so daß der Regierung ein Eintreten für den Zolltarif erleichtert würde, wäre die Konferenz nicht minder eine Komödie.

In Sachsen weiß doch jedermann, wie heute die Dinge stehen. Vier Fünftel der Bevölkerung sind in Industrie und Handel beschäftigt, ergo ist es Pflicht der Regierung, die Interessen dieser überwältigenden Mehrheit nicht durch die Begehrlichkeit einer Handvoll Großgrundbesitzer schädigen zu lassen. Diese Mehrheit steht hinter der Regierung, wenn sie wagen würde, den Brotwuchern entgegenzutreten.

Doppelt lächerlich macht sich jedoch die „Deutsche Tageszeitung“, die mit der Ankündigung der Komödie die sächsische Regierung scharf zu machen suchte für noch höhere Hungerzölle, „da der veröffentlichte Zolltarif-Entwurf den Wünschen der sächsischen Landwirte in keiner Weise entspricht“. Diese blödsinnige Scharfmacherei betreibt dasselbe Blatt, das den Stand der sächsischen Finanzen bellagt, über den Rückgang der Eisenbahrenten heulmeiert, neue Steuergesetze für den nächsten Landtag ankündigt und bis zu der durch die zu erwartenden Steuerreformen sicherlich nicht zu erreichenden Sanierung der Staatsfinanzen eine hohe prozentuale Erhöhung der Einkommensteuer empfiehlt.

Deutsches Reich.

Der Weltmarschall-Statthalter.

Aus Straßburg i. Elz. wird uns vom 6. August geschrieben:

Die schwierige Sorge der Reichsregierung, den eben aus Ostasien heimkehrenden Grafen Waldersee in eine seiner Weltmarschallstatthalterwürde unterzubringen, scheint die reichslandische Statthalterwürde herausbeschworen und dem Fürsten Hohenlohe-Langenburg sein Amt gelöst zu haben. Heute verzeihet selbst der Berliner Berichterstatter der regierungsoffiziösen „Straßburger Post“ allen Ernstes das Gerücht, Graf Waldersee sei dazu bestimmt, in allerhöchster Zeit den Fürsten Hohenlohe-Langenburg auf seinem Posten als Statthalter der Reichslande abzulösen:

„Auf seinen ehemaligen Posten in Hannover — so argumentiert dabei das Blatt — laun Graf Waldersee wohl kaum zurückkehren; denn durch die Stellung, die er in China als Oberbefehlshaber des internationalen Expeditionskorps eingenommen hat, ist er der Stellung eines kommandierenden Generals eines Armeekorps und auch der Stellung eines Chefs einer Armee-Inspektion einigermassen entwachsen. Das führt man allgemein und daher beidseitig sich auch die Presse mit Betrachtungen darüber, in welcher Weise der Kaiser für die Zukunft die wertvollen Dienste des Grafen Waldersee in Anspruch nehmen wird. Viele Möglichkeiten, es zu thun, sind nicht vorhanden. Wenn nicht ein besonderes Amt für den Weltmarschall geschaffen werden soll, wofür ein politisches Bedienstet ebenso wenig vorhanden ist, wie ein militärisches, so kommen eigentlich nur zwei Posten in Betracht. Der eine davon wäre das Kanzleramt, mit dem der Name des Grafen Waldersee schon seit vielen Jahren immer in Verbindung gebracht wurde, sobald die Verhältnisse eine Gestaltung annehmen, die darauf schließen lassen, daß ein neuer Herr in das Kanzlerpalais in der Wilhelmstraße seinen Einzug halten könnte. Zur Zeit ist aber davon nicht im entferntesten die Rede und auch nicht die geringste Veranlassung vorhanden, an einen Wechsel im Kanzleramt zu denken. Graf Bismarck bei dem Kaiser persona gratissima (?), der Kampf um den Zolltarif, der unter der Leitung des Grafen Bismarck entworfen worden ist, hat begonnen und es ist vollkommen ausgeschlossen, daß Graf Bismarck gezwungen sei oder veranlaßt werden sollte, in diesem Augenblick die Flöte niederzulegen und den Konzertsaal zu verlassen.“

Der zweite hohe Posten, mit dem der Name des Grafen Waldersee in letzter Zeit von der Presse in Verbindung gebracht worden ist, ist die Statthalterwürde im Reichslande. Man würde in Berlin daran nicht denken, da die vorzüglichen Beziehungen bekannt sind, die den Kaiser mit dem ihm auch durch verwandtschaftliche Bande nahestehenden Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg verknüpfen, und man sehr wohl weiß, wie freundlich das persönliche Verhältnis des Kaisers zu dem Fürsten ist, wenn nicht mit großer Bestimmtheit verlautete, daß der Fürst-Statthalter den Wunsch habe, sein verantwortungsvolles Amt niederzulegen und sich in das Privatleben zurückzuziehen, um die wohlverdiente Ruhe zu genießen. Wenn die darauf bezüglichen, hier kursorischen Gerüchte der Wahrheit entsprechen sollten, was ja immerhin möglich ist, so könnte für den Statthalter in dem Reichslande wohl kaum eine passendere Persönlichkeit gefunden werden, als Graf Waldersee, an dessen militärischer Tüchtigkeit, wenn sich in China, bei den dort herrschenden Verhältnissen, auch keine Gelegenheit geboten hat, sie glänzend zu bezeugen, ebenso wenig gezweifelt werden kann, wie an seinem großen diplomatischen Geschick, das er in Ostasien um so besser zeigen konnte und auch gezeigt hat.“

Der Berliner Gewährsmann der „Straßburger Post“ meint dann, als Mann von gutem feinen Taktgefühl würde Graf Waldersee es gewiß verstehen, auch an der Spitze des Reichslandes „nach den verschiedensten Richtungen hin angenehme Beziehungen anzuknüpfen“, ohne daß Grund zu der Befürchtung vorhanden wäre, das Kanzleramt in seinem Wesen möge über ihn so weit die Oberhand gewinnen, daß er es veräunnte, mit energischer Hand zuzufassen, wo es not thut.

Wie man sieht, rechnet der reichshauptstädtische Berichterstatter des offiziellen Straßburger Blattes bereits mit der Erziehung Hohenlohe-Langenburgs durch den Grafen Waldersee als mit einer nahezu vollendeten Thatsache. Noch weit tiefer aber läßt die Haltung blicken, die die Redaktion der offiziellen „Straßburger Post“ selbst zu der Sache einnimmt. Während sie sonst bei ähnlichen Anlässen mit der ganzen Autorität des Moniteurs der Regierung aufzutreten und der öffentlichen Diskussion durch ihre Mitteilungen aus amtlichen Quellen ein Ende zu machen pflegt, giebt sie sich in dieser wichtigen Frage äußerst kleinlaut und beschränkt sich darauf, zu „glauben“, daß die Gerüchte über den Rücktritt des Statthalters unbegründet seien, und daß „die angebliche Statthalterwürde in Wirklichkeit gar nicht bestehe.“

Diese Weigerung klingt im Munde des sonst so gut unterrichteten offiziellen Preßorgans in der That sehr wenig zuverlässig und scheint darauf hinzudeuten, daß man seit dem jähren Sturze

Püttlamers in der Redaktion der „Straßburger Post“ das Vertrauen auf die Befähigung in den obersten Regierungsstellen des Reichslandes gründlich verloren hat.

Der Nachlaß Wilhelm Liebknechts. Wir erhalten die folgende Zuschrift:

Mit Bezug auf die nachgelassene Arbeit Wilhelm Liebknechts, von der der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom Mittwoch berichtet, laun ich folgende Mitteilungen machen:

Die Arbeit ist aus Anlaß eines Preiswettbewerbs entstanden, welches die Redaktion des „Jahrbuchs für Socialwissenschaft und Socialpolitik“ — Karl Höpfer — im Mai 1880 veranstaltete und zwei Aufgaben betraf, die auf Seite 432 von Jahrgang I, zweite Hälfte des genannten Jahrbuchs näher bezeichnet sind. Der zweiten Preisfrage:

„Welche Maßregeln hat die socialistische Partei durchzuführen, wenn sie in nächster Zukunft einen maßgebenden Einfluß auf die Gesetzgebung gewinnen sollte?“

gibt die Liebknechtsche Arbeit. Sie ist eine Gefängnisarbeit, angefertigt während einer — ich glaube sechsmonatlichen — Haft, die Liebknecht im Winter 1880/1881 in Leipzig verlebte. Der Satz: „14. 5. 81, abends 7 1/2 Uhr. Schluß draußen“, bedeutet offenbar, daß an jenem Abend Liebknecht das Gefängnis verließ und sich vornahm, den Schluß der Arbeit außerhalb des Gefängnisses fertig zu stellen. Dazu kam es jedoch nicht. Vielmehr brachte Liebknecht das Manuskript kurze Zeit nachher so, wie er es im Gefängnis niedergeschrieben, nach Jülich. Inzwischen war jedoch der für die Preisauktion angelegte Termin längst abgelaufen, die Herausgabe des Jahrbuchs eingeleitet, und außerdem ging auch die Liebknechtsche Arbeit nach Umfang und Anlage weit über die im Preiswettbewerb niedergelegten Bedingungen hinaus. Sie konnte daher für dieses überhaupt nicht in Betracht kommen. Andererseits verhehlte sich Karl Höpfer auch nicht, daß das ausgelegte Preisbonorat — 350 Franken für 2 bis 3 Druckbogen — kein Äquivalent für diese Arbeit sein würde. Er beauftragte mich, Liebknecht das Manuskript behufs gelegentlicher Fertigstellung wieder auszuhandigen. Das ist denn auch geschehen, Liebknecht nahm das Manuskript noch im gleichen Jahr — 1881 — wieder nach Deutschland zurück.

Soviel über die Veranlassung zur Arbeit und die Umstände ihrer Entstehung. Was nun die fehlenden Partien anbetrifft, so hat sich Liebknecht meines Erachtens bei Abfassung einiger Broschüren — „Anfang und Parlamentarismus“, „Vacuum verfolgt man uns?“, „Trug Eisenstein“ — benutzt, die er unter dem Pseudonym „Vetter Niemand“ einige Jahre später hat erscheinen lassen. Ein Vergleich des Inhalts dieser Broschüren mit dem übrigen Manuskript wird diese Annahme, für die ich sonst nur mein Gedächtnis ins Feld führen kann, außer Zweifel stellen. Stil und Methode der Argumentierung stimmen da ganz und gar überein. Als „Niemand“ („Oulis“) bezeichnete sich Liebknecht bekanntlich auch in seinen politischen Briefen, die er in seiner Epoche in der Pariser „Justice“ veröffentlichte.

Groß-Lichterfelde, den 7. August 1901.

Ed. Bernstein.

Wir möchten diesen interessanten Mitteilungen Bernsteins hinzufügen, daß die unter dem Namen „Trug-Eisenstein“ Erzieherisches aus Püttlamers gesammelten vier pseudonymen Broschüren Liebknechts (aus den Jahren 1880—1888) in der That den verloren gegangenen Teil der Schrift, die aktuelle Einleitung, aufgezogen zu haben scheinen. Der von uns gestern mitgeteilte erhaltene Anfang des Manuskripts, die Ausführungen über Theorie und Praxis, beweisen dies. Der Gedankengang ist teilweise wörtlich derselbe. Der Verlust der einleitenden 80 Blätter erklärt sich also einfach daraus, daß sie seiner Zeit als Manuskript in die Seperet gewandert und nicht wieder zurückgekehrt sind. Dagegen hat der Hauptteil der Schrift, der die eigentliche Verantwortung der Frage enthielt und aus dem wir gestern einige Proben veröffentlichten, in jenen Broschüren keine oder nur ganz gelegentliche Verwendung gefunden.

Soldatenmißhandlungen.

Aus Stettin wird berichtet: Das Oberkriegsgericht des zweiten Armeekorps beurteilte in der Berufungsinanz den Unteroffizier Wolff der 7. Kompanie des Kaiser-Regiments Nr. 84 wegen Mißhandlung Untergeordneter in 97 Fällen, darunter 14 Fälle, in denen gefährliche Verletzungen zur Anwendung kamen, zu 8 Monaten Gefängnis und zur Degradation; den Unteroffizier Busse bei der 5. Eskadron des Regiments Grenadiere zu Pferde wegen gleichen Vergehens in 8 Fällen zu 8 Monaten Gefängnis und zur Degradation.

Aus Oldenburg wird vom 3. August geschrieben:

Vor dem Kriegsgericht stand heute morgen der Unteroffizier Brandes von der 6. Kompanie des oldenburgischen Infanterie-Regiments Nr. 91. Es ist das derselbe, der neulich wegen einer Reihe von Mißhandlungsfällen vor demselben Gericht stand und zu einer mehrmonatlichen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Es sind jetzt mehr als 100 Fälle festgestellt, in welchen er Leute seiner Korporalschaft abscheulich mißhandelt hat. Von den neu bekannt gewordenen Unthaten seien einige angeführt. Bei einer Feldübungsübung im Bürgerfelde befohl er seiner ganzen Korporalschaft, sich auf den Boden zu werfen und wie eine Kuh Gras zu fressen. „Jeder hat eine Schwanz voll Gras zu nehmen“, lautete der Befehl. Eine neue Matraillierung des Soldaten Seemann war Gegenstand der Verhandlung. Derselbe arme Mensch hat er am meisten mitgespielt. Derselbe mußte im Monat März morgens um 7 Uhr nachts in ein Lazarett treten; seinen Kameraden war befohlen, ihn mit Zahnhürste, Schrubber und Pflasterabesen, natürlich mit kaltem Wasser, abzuwischen. Den Seemann und einen andren Soldaten sperrte er einmal in ein Spind, ließ sie eine Stunde darin sitzen und den Seemann das Lied singen: „Was nützt dem Seemann sein Geld“ usw. Zu dem Seemann hat Brandes auch einmal gehöhrt: „Ich reche Sie nieder und wenn es den Kragen kostet“. Es wurden heute eine Anzahl Zeugen vernommen. Der Compagnieführer gab dem Brandes ein gutes Zeugnis. Er hat von der Mißhandlungsbuch offenbar nichts gewußt. Der Unteroffizier Brandes wurde vom Kriegsgericht schließlich zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Vom neuen Zolltarif-Entwurf ist in der Reichsdruckerei soeben eine Buchausgabe fertiggestellt worden. Der Vertrieb derselben hat mit Ermächtigung des kaiserlichen Reichs-Zehnants die Firma Karl Heymanns Verlag (Berlin W. 8, Rantestr. 43/44) übernommen, welche das Heft den Interessenten gegen Einzahlung von 2,20 M. postfrei zustellt.

Ausland.

Programm und Taktik der italienischen Socialdemokratie.

Die letzte Ausgabe des „Movimento Socialista“ enthält einen Brief Ferris über die Streitfragen innerhalb der italienischen Socialdemokratie. Wir entnehmen dem Artikel folgende interessante Stelle:

„Wir haben für das Ministerium Zanardelli gestimmt; nicht bloß für das Budget des Innern, sondern auch für die andren Budgets zu dem Zweck, um zu verhindern, daß die Reaktion wieder aus-Ruder komme, die wir durch unsere zwei Obstruktionsfeldzüge besiegt hatten. Wir thaten dies nach den befriedigenden Erklärungen und Handlungen des Ministeriums bezüglich der Freiheit der zahlreichen ökonomischen Organisationen unseres landlichen Proletariats. Jedoch hat die Parteileitung im Ein-

Verständnis mit der Kammerfraktion beschlossen, daß ein politisches Vertrauensvotum für eine bürgerliche Regierung niemals abgegeben werden könnte, sondern die sozialistischen Deputierten können nur, so weit die gegenwärtige Situation in Italien dies erfordert, dieses oder jenes Ministerium, welches die normale Entwicklung des Kampfes zuseht, d. h., welches die Freiheit und Gleichheit gegenüber dem sich organisierenden Proletariat respektiert, unterstützen.

Ferri bespricht sodann den bekannten Fall von Verra, wo der Verrat eines Lieutenants mehrere Menschenleben zum Opfer fielen. Mit Bezug auf dieses traurige Vorkommnis habe man geschrieben, daß das Blut der getöteten Bauern zu Verra auf das Haupt der sozialistischen Deputierten fiele, welche für das Ministerium gestimmt. Die Liebertreibung liege klar zu Tage. Diese Unthat sei doch keine direkte oder indirekte Folge der Politik der Regierung; es sei richtig, daß der Kriegsminister den Lieutenant verteidigt habe. Wäre der Fall von Verra vor dem 22. Juni passiert, sicher sei, die Sozialisten hätten dann trotzdem gegen das Ministerium gestimmt.

Man müsse, so fährt Ferri fort, in der gegenwärtigen Phase, welche die sozialistische Partei durchlebe, den feststehenden Teil, das Programm, von dem vorübergehenden Teil der Taktik trennen.

Das Programm der sozialistischen Partei habe zwei Hauptstützpunkte: das Ziel — „das Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln,“ die Methode — „den Klassenkampf,“ durch welchen das Proletariat, da es kein geheimnisvolles Mittel giebt, um innerhalb 24 Stunden aus der bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaft hinüberzugleiten, durch politische und ökonomische Organisationen die Verwirklichung des letzten Endziels erreicht.

Giebt es auch innerhalb der italienischen Partei zwei sich extrem gegenüberstehende Tendenzen, so sind doch alle einig in der Anerkennung dieses Programms.

Im weiteren weist Ferri darauf hin, daß in der ersten Entwicklungsphase die Sozialisten aller Länder auf den rein negativen Standpunkt stehen, beziehentlich gestanden haben; daß man aber andererseits in allen Ländern, wo die Sozialdemokratie eine gewisse Entwicklung durchgemacht habe, beobachten könne, wie sie von diesem Standpunkt zurückkomme. Sind einmal die elementarsten Freiheiten errungen, so kann die sozialistische Partei nicht mehr in einer rein negativen Taktik verharren; sie muß die Freiheiten, die sie errungen hat, in Anwendung bringen auf dem Gebiete der ökonomischen und politischen Organisation des Proletariats, um der bürgerlichen Klasse gezielte Reformen zu entreißen.

Ferri schließt: „Das ist nach meiner Auffassung der einzige und unabwendbare Weg, den, obgleich er langsam und schwer ist, die sozialistische Parteien aller Länder — die von Frankreich inbegriffen — gehen müssen, denn die Dinge sind stärker als die Personen.“

Frankreich.

Der französisch-türkische Zwischenfall. Die der „Gaulois“ meldet, hat Delcassé gestern an Waldeck-Roussieu ein Schreiben gerichtet, in welchem er den Wunsch ausdrückt, der Ministerrat möge sich mit dem Zwischenfall in Konstantinopel beschäftigen. Falls Waldeck-Roussieu sich dieser Ansicht anschliese, wird demnächst ein außerordentlicher Ministerrat unter dem Vorsitz des Präsidenten Loubet in Rambouillet abgehalten werden. — Der „Matin“ will von einem Mitglied des Kabinetts erfahren haben, daß der Zwischenfall in Konstantinopel übertrieben sei. Constans habe weder seine Abberufung, noch die Justizstellung der Pässe an den Botschafter in Paris Rumir Veb verlangt. Wahr an der Sache sei nur, daß die Regierung ein für alle Mal den diplomatischen Inzuchtigkeiten mit der Pforte ein Ende machen wolle. Man werde sicher, ohne zum Außerordentlichen zu schreiten, vollständige Genugthuung erlangen.

Einführung von Schießübungen in der Schule. In den Pariser Schulen sollen Schießübungen eingeführt werden. Zur Leitung und Überwachung dieser Übungen sollen Inspektoren ernannt werden. Auch wird beabsichtigt, alljährlich Schießübungsläufe abzuhalten und die besten Schützen zu prämiieren.

Italien.

Hungerrevolten sind nach Meldungen der Blätter unter der Landbevölkerung der Provinz Mailand ausgebrochen. Diefelben sollen einen drohenden Charakter angenommen haben. Das Militär besetzte zahlreiche Ortschaften, aber die Brandstiftungen und Tumulte dauern fort. Sonntagnacht wurde das Familienschloß des Herzogs Visconti Modrone gestürmt. Die verhafteten Tumultuanten werden befreit.

Bekanntlich war die Provinz Mailand während der letzten Monate der Schauplatz umfangreicher Streikbewegungen des Landproletariats. Die Galtstarrigkeit der Pächter und die furchtbare Not hätten nach obigen, vielleicht tendenziös verhängenen, Berichten die bisher eine durchaus ruhige Haltung beobachtende Bevölkerung zu Bergweilungsausbrüchen getrieben.

England.

Unterhaus. Bei der Beratung des Kredits für die Civil-Verwaltung von Transvaal erklärt Chamberlain, daß in dem Kredit auch Gelder vorsehen seien, um Boeren und Briten, die ihre Farmen während des Krieges verlassen haben, Geld vorzustoßen, damit sie ihre Farmen wieder in Stand setzen können. Ferner seien Gelder vorsehen, um Heimen und Freiwilligen, die in Transvaal zu bleiben wünschen, die Möglichkeit zum Erwerb von Grund und Boden zu gewähren. Die Politik der Regierung gehe nicht dahin, Konfiszierungen vorzunehmen. Was die eingeborenen Schwarzen anlange, so sei beabsichtigt, Gerechtigkeit zu üben und dieselben arbeitswillig zu machen. Fronarbeit solle jedoch nicht gebildet werden und körperliche Züchtigung nur in den ernstesten Fällen zulässig sein. Das Haus nimmt hierauf den Kredit mit 199 gegen 59 Stimmen an.

Türkei.

Zum Quarantänestreit. Der internationale Sanitätsrat be- tonnte nochmals die Notwendigkeit der Errichtung einer genügenden Anzahl von Quaranten und Spitalern für Pestkranken. Eine aus dem Vizepräsidenten, dem Generalinspektor und drei auswärtigen Delegierten bestehende Abordnung des Sanitätsrats begab sich Dienstagabend zu dem Präsidenten des Sanitätsrats Lewist-Boscha, um ihm die Ansichten des Sanitätsrats betreffend die notwendigen prophylaktischen Maßnahmen vorzutragen mit der Bitte, darüber an den Sultan zu berichten.

China.

Das Friedensprotokoll wieder einmal gescheitert. Das „Neuerliche Bureau“ meldet aus Peking vom 6. August: Die Gesandten hatten vereinbart, das Protokoll heute zu unterzeichnen; der britische Gesandte Satow benachrichtigte jedoch gestern Abend die Kollegen, daß England nicht unterzeichnen könne. Satow gab hierfür keine Gründe an. Die Versammlung der Gesandten ist daher auf unbestimmte Zeit verschoben.

Verbot der Waffeneinfuhren.

Die Pariser Blätter melden, ist die Frage des Verbots der Waffeneinfuhr nach China endgültig geregelt. Der französische Gesandte Beau hat den übrigen Gesandten einen diesbezüglichen Vorschlag gemacht, welcher von diesen angenommen worden ist und dem Schlußprotokoll angehängt werden soll. Danach soll ein kaiserliches Dekret veröffentlicht werden, welches die Einfuhr von Waffen und Munition in China für die Dauer von zwei Jahren verbietet.

Der Boeren-Krieg.

Ritchener leidend und urlaubsbedürftig?

Schon mehrfach waren Gerüchte über das Urlaubsbedürfnis Lord Ritchener an die Öffentlichkeit gedrungen, in letzter Zeit munkelte man auch von einer Erkrankung des Oberstkommandierenden. Jetzt veröffentlicht „Daily Mail“ ein Telegramm aus Pretoria, in

welchem es heißt, Lord Ritchener sei seit einigen Tagen sehr leidend und werde voraussichtlich nicht zur Begrüßung des Herzogs und der Herzogin von York nach Kapstadt kommen können. Ueber seine Krankheit gelangen nur sehr unbestimmte Nachrichten an die Öffentlichkeit. Wie verlautet soll er in einem Gesicht eine ernste Verwundung erhalten haben und werde jedenfalls in kurzer Zeit aus Gesundheitsrücksichten nach England zurückkehren müssen.

Der arme Ritchener, er hätte die zwei Millionen, die sein glücklicher Rivale Lord Roberts einfordert, ehrlich verdient. Zwar ebenso wenig wie dieser durch seine geniale Strategie, sondern durch das Martyrium, fortwährend Siegesnachrichten fabrizieren zu müssen, während er fortwährend Brägel erhielt.

Und wer würde an Ritcheners Stelle treten? Da man sich den Grafen Waldsee doch nicht von Deutschland ausleihen kann, sollte man durch Lord oder vielmehr Carl von Roberts Ritchener ablösen lassen, damit er sich wenigstens noch nachträglich die Ehrennotation verdient.

Ueber die Kriegslage

beröffentlicht die „Daily Mail“ folgenden Brief aus Kapstadt:

„Man hat hier mit Verwunderung die im Unterhause gemachte Erklärung gelesen, daß die Zahl der gegenwärtig noch in der Kapkolonie unter Waffen stehenden Boeren eintausend nicht übersteige. Wenn man diese Zahl mit sieben oder acht multipliziert, wird man der richtigen Zahl näher kommen. Die Rebellen sind innerhalb der letzten drei Monate sehr viel zahlreicher geworden. Die Regierung hat soeben die beschworene Erklärung eines Gefangenen erhalten, der die Namen ganzer Kommandos angiebt, die ausschließlich aus Rebellen bestehen. Männer, die noch vor zwölf Monaten friedlich ihren landwirtschaftlichen Arbeiten nachgingen, sind jetzt Kommandanten, einer, mit Namen De Villiers, sogar General geworden. In einigen Teilen des Landes ist ein loyaler Mann eher die Ausnahme als die Regel. In Britisch-Betschuanaland sind z. B. 90 Prozent der Bevölkerung in Waffen gegen uns, und die Kommandos, die diese Bezirke besonders heimlich haben, haben dort überall willige Rekruten gefunden. Es ist also ganz klar, daß, wenn nicht sehr viel strengere Maßregeln getroffen werden, die Boeren den Krieg den Winter über hinhängen werden, und wenn ihnen das gelingen sollte, kann man gar nicht sagen, wie lange der Krieg dann noch dauern wird.“

Gerüchweise verlautet, Präsident Steyn habe Lord Ritchener seine Unterwerfung unter die Bedingung angeboten, daß er sich unbehelligt nach Europa begeben dürfe. (?)

Das Kriegsamt veröffentlicht folgende Boerenverluste aus Pretoria vom 6. d. Mts.: Seit dem 20. v. Mts. haben die englischen Kolonnen 48 Boeren getötet, 19 verwundet, 220 gefangen genommen, während sich 57 freiwillig ergaben. Die Engländer erbeuteten ein Geschütz, 140 Gewehre nebst Munition und eine große Menge Wagen und Vieh.

Die tägliche Liste über die Verluste der englischen Truppen in Südafrika umfaßt für gestern 4 Tote, 3 Verwundete und 4 an Krankheiten Verstorbene.

Soziale Rechtspflege.

Ueber die Versicherungspflicht der Hauswirte und ihrer Angehörigen hat sich das Reichs-Versicherungsamt in einem Bescheide auf eine Eingabe des Hausbesitzer-Vereins Norden dahin geäußert: „Werden die sogenannten Hauswirte (Wirtinnen usw.) bei Verrichtung der übernommenen Geschäfte von Familienangehörigen im Alter von mehr als 16 Jahren unterstützt, ohne daß mit diesen Personen eine unmittelbare Abmachung getroffen oder eine besondere Vergütung für ihre Leistungen ausgemacht ist, so werden seitens der Hausbesitzer für die Hilfspersonen nur dann Beitragsmarken zur Invalidenversicherung zu verwenden sein, wenn sie mit Wissen und Willen der Besitzer einen überwiegenden oder doch wesentlichen Teil der gedachten Arbeiten ausführen. Die Beitragspflicht wird hier noch in den Fällen begründet sein, in denen der Hausbesitzer durch eine anderweitige Beschäftigung verhindert ist, die übernommenen Arbeiten regelmäßig auszuführen oder diese Arbeiten von der Art und dem Umfang sind, daß ihre Verrichtung durch den Hausbesitzer allein nicht erfolgen kann. Die Versicherungspflicht ist zu verneinen, falls er nur für sich und seine Familie freie Wohnung erhält. Für mithelfende Personen, die der Hausbesitzer nicht angestellt hat, besteht eine Versicherungspflicht nur dann, wenn nach Lage der Umstände anzunehmen ist, daß die Arbeiten für eine Person allein zu groß sind. Für Personen, die der Hausbesitzer zu seiner Bequemlichkeit anstellt, muß er selber und nicht der Hauswirt die Beiträge zur Invalidenversicherung leisten.“

Versammlungen.

Im sozialdemokratischen Wahlverein für den vierten Reichstags-Wahlkreis (Osten) sprach am Dienstag Genosse Ledebour über: „Die Sozialdemokratie im Kampfe gegen Scharfmacherei und Ploumcherei.“ Der Redner entwarf zunächst in charakteristischen Zügen ein umfassendes Bild von der Scharfmacherei der Großkapitalisten und des Junkertums und führte dann aus, daß dieses Scharfmachen der Sozialdemokratie zum Vorteil gereiche, aber nur, wenn sie selber nicht flau werde, sondern so scharf wie möglich bleibe, und niemals ihren Klassenkampf-Charakter aufgeben. Unter dem Eindruck, den die Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges machte, seien einzelne Theoretiker unter uns zu der Ansicht gekommen, daß es mit dem Zusammenbruch des Kapitalismus nichts sei und wir deshalb eine weniger scharfe Taktik befolgen müßten. Die Ereignisse der letzten Zeit hätten jedoch diese Theoretiker des Fortums überführt. Darauf wandte sich der Referent gegen die früher von Vernunft geäußerten Ansichten über die Kolonialpolitik, den Imperialismus in England und über die Richtung Kautskows und führte aus, daß die traurigen Folgen des China-Abenteuers und der Verlauf des südafrikanischen Krieges gezeigt hätten, wie verfehlt diese Ansichten seien. Ferner kritisierte der Redner die von anderer Seite ausgegangene Kritik des Willkürsystems, dessen Nichtigkeit über das Duldlichste durch den Verlauf des südafrikanischen Krieges schlagend bewiesen sei. Ferner führte der Redner aus, Vernunft habe auch die Ansicht vertreten, daß wir, um unsere nächsten Ziele zu erreichen, auf ein Bündnis mit dem Liberalismus, der in neuerer Zeit an oppositioneller Kraft gewonnen habe, angewiesen seien. — Wenn je eine Gelegenheit war, wo der Liberalismus zeigen konnte, daß er einer entschiedenen Opposition gegen reaktionäre Pläne fähig und willens ist, zur Bekämpfung vorkommender Maßnahmen mit uns zusammenzugehen, dann ist es die Bekämpfung des Brotwuchers. Die Stichworte in Remel-Handel, wo die Feststimmungen den als Anhänger der agrarischen Brotwucherplans aufgestellten Kandidaten der vereinigten Konservativen und Littauer ihre Stimme gaben und dadurch die Niederlage des Sozialdemokraten herbeiführten, habe bewiesen, daß wir uns bei ernsthaften Kämpfen gegen die Reaktion auf die Freimüßigen nicht verlassen können. Dieser Vorgang sei eine bössige Verhöhnung der Legende, wonach das liberale Bürgertum oppositioneller und für uns bündnisfähig geworden sein soll. Es gelte jetzt, daß wir uns erst recht unsere unbedingte Selbständigkeit bei Wahlen aufrechterhalten und uns von keiner Seite flau machen zu lassen. — Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Da sich auf die Aufforderung des Vortragenden niemand zum Wort meldete, fand eine Diskussion nicht statt. Schließlich wurde noch auf die am Donnerstag stattfindende Flugblatt-Verbreitung, sowie auf den Generalstreik der Flaschenmacher hingewiesen. Seit der vorigen Vereinsversammlung haben sich 31 Mitglieder neu aufgenommen.

Wegen die geplante Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte im Anschluß an die Amtsgerichte protestierte eine vom Central-Verband der Handels-Hilfsarbeiter einberufene Versammlung

der Haus- und Geschäftsdienner und Wäcker, die am Dienstag in den „Arminhallen“ tagte. Nach einem sehr eingehenden Referat des Reichstags-Abgeordneten Rosenow und nach einer längeren Diskussion, in der sich sämtliche Redner ganz entschieden gegen derartige Gerichte, insbesondere aber dagegen aussprachen, daß auch die Handels-Hilfsarbeiter, die bisher dem gut funktionierenden Gewerbegebiete unterstanden, diesen kaufmännischen Schiedsgerichten unterstellt werden sollen, wurde nachstehende Resolution einstimmig beschlossen:

„Die Versammlung der Haus- und Geschäftsdienner und Wäcker erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden. Sie erklärt in der von der Reichsregierung geplanten Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte im Anschluß an die Amtsgerichte, denen auch die Handels-Hilfsarbeiter unterstellt werden sollen, eine schwere Verniedlichung und bedeutende Verschlechterung der Rechtsprechung in den gewerblichen Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die Versammelten protestieren deshalb ganz entschieden gegen diesen Plan der Regierung und erwarten, daß unsere Vertreter im Reichstag dem betreffenden Gesetzentwurf, der keineswegs den Wünschen der Handels-Hilfsarbeiter entspricht, ihre Zustimmung verweigern.“

Sobald die Einzelheiten des Gesetzentwurfs, der wahrscheinlich schon im Herbst dem Reichstag zugehen wird, näher bekannt sind, soll eine große Protestbewegung eingeleitet werden. Voraussichtlich werden auch die Handlungsgehilfen, nachdem sich namentlich der Centralverband, aber auch andere kaufmännische Vereinigungen, gegen den Anschlag der Schiedsgerichte an die Amtsgerichte erklärt haben, in eine lebhafteste Agitation für die Angliederung an die Gewerbegebiete eintreten.

Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter-Verband. Die Jahrsliste Berlin hielt am 31. Juli bei Hade, Stolbergerstr. 23, eine Generalversammlung ab. Der erste Bevollmächtigte gab den Bericht der Ortsverwaltung vom 2. Quartal. Aus demselben ist zu ersehen, daß 10 Versammlungen und 7 Vorstandssitzungen abgehalten wurden. Darauf gab der zweite Bevollmächtigte den Stoffbericht. Es war zu verzeichnen eine Einnahme von 1447,34 M., Ausgabe 1033,60 M., bleibt Bestand 413,74 M., an den Hauptvorstand abgeandt 133,95 M. Dem Gau wurden 20 M., dem Centralstreikfonds 50 M. und den Berliner Kollegen 20 M. bewilligt. Der Kassierer wurde entlastet. Hierauf hielt die Genossin Fanny Jule einen Vortrag aus der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Den reisenden Kollegen wurde eine Schloßkarte für die Herberge des Gewerkschaftshauses bewilligt, mithin wurde die Reise-Unterstützung von 50 Pf. auf eine Mark erhöht. Dem Bibliothekar wurde eine Entschädigung von 30 M. bewilligt für Instandhaltung der Bibliothek. Darauf wurde der Versammlung empfohlen, die streikenden Tabak- und Glasarbeiter in ihrem Kampfe gegen das Unternehmertum zu unterstützen.

Lichtenberg. Eine Volksversammlung, die am Dienstag im Kronprinzengarten tagte und sich eines guten Besuches erfreute, wurde eröffnet mit einem warm empfundenen Aushuf an unsere unvergesslichen Lieblinge. Dann wurde bekannt gegeben, daß am Dienstag, den 13. August, im Gartenloal von Höflich, Allee 120, eine Versammlung von Frauen und Mädchen, die in der Blumen-, Blätter- und Federbranche beschäftigt sind, stattfindet. Genosse Robert Schmidt-Berlin behandelte darauf in seinem mit großem Beifall aufgenommenen Referat das Gesetz über die Gewerbegerichte, sowie die vom Bundesrat angenommene Novelle zu diesem Gesetz. Gemeindevorordneter Grauer gab einen historischen Rückblick auf die Bestrebungen und Maßnahmen der Lichtenberger Arbeiterschaft zwecks Errichtung eines Gewerbegerichts am Orte, um dann zu empfehlen, das in Lichtenberg auf Grund des Gesetzes (der Ort hat mehr als 40 000 Einwohner) zu errichtende Gewerbegericht auch auf die Gemeinden Friedrichsfelde, Rummelsburg und Stralau auszuweiten.

Eine Resolution, die das Bureau beauftragt, von dem Gemeindevorstand den Erlaß eines Ortsstatuts für das zu errichtende Gericht zu fordern, weiter die Gemeindevorstand erucht, für die Begründung eines Zweigmäßigkeits-Verbands der Gemeinden Lichtenberg, Friedrichsfelde, Rummelsburg und Stralau gelegentlich der Beratung dieses Statuts einzutreten, fand einstimmige Annahme.

Der weitere Punkt der Tagesordnung, örtliche Angelegenheiten, wurde durch den Genossen Lielegang dadurch erledigt, daß er die nicht immer sachliche, zum Teil recht „unsaftige“ Kampfesweise der hiesigen „Ortszeitung“ — eines jener in Berlin hergestellten Kopfoliatur, die dann unter dem Sammelnamen „Unparteiische Zeitung“ als „Amtsblatt“ ihr Label anriecht — einer herben aber berechtigten Kritik unterzog. Der Appell an die Anwesenden, sich zu organisieren, die Parteipresse zu unterstützen, bildete den Schluß der Versammlung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Waldersee Heimkehr.

Brundhausen, 7. August. (W. Z. V.) Graf Waldersee kam heute früh in Euzhagen an Bord der „Gera“, worauf der Dampfer seine Fahrt nach Brundhausen fortsetzte. Während der Fahrt verteilte der Feldmarschall in Gegenwart der Grafen Waldersee die China-Medaillen an die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften. Dem Marschall waren gestern zahlreiche Begrüßungstelegramme zugegangen, darunter ein „sehr herzliches“ vom Reichsanzler Grafen Bismarck. Graf Waldersee beabsichtigt sich zunächst nach Hamburg v. d. Höhe, um an der Trauerfeier für die Kaiserin Friedrich teilzunehmen.

Bremerhaven, 7. August. (W. Z. V.) Heute mittag traf der Dampfer „Gladstuf“ mit den von der „Gera“ übernommenen Retonvalecenten ein. Heute Abend trifft der Dampfer „Sachsen“ mit ungefähr 300 Retonvalecenten ein.

Aus einem christlichen Krankenhaus.

Breslau, 7. Aug. (W. Z. V.) Ueber die Zustände im Samariter-Ordensstift veröffentlicht der „Beob. Gen.-Anz.“ in seiner heutigen Nummer weitere Einzelheiten. Das Blatt stellt fest, daß die fortgezogenen Diakonissen teilweise durch Mäde sowie Frauen und Mädchen aus umliegenden Ortschaften ersetzt worden sind und fordert angesichts dieser Verhältnisse unter Hinweis auf die schwere Verantwortung die sofortige Suspension der Provinzialverwaltung und Übernehmung derselben durch einen Staatskommissar. Des weiteren stellt das Blatt fest, daß die Oberin, Gräfin von der Rede-Volmerstein, seit Jahren nicht in ordnungsmäßiger Weise Wuch über die Schwesterklasse habe führen lassen und fordert völlige Klärung auch dieser Angelegenheit.

Die Umbildung des italienischen Ministeriums.

Rom, 7. August. (W. Z. V.) Der bisherige Unterstaatssekretär im Ackerbaumministerium, Alfred Vaccelli, ist zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Auswärtigen, der Unterstaatssekretär im Ministerium für Post und Telegraphie, Ricci, zum Unterstaatssekretär im Ackerbaumministerium, und der Deputierte Squitti zum Unterstaatssekretär im Ministerium für Post- und Telegraphie ernannt worden.

Rom, 7. August. (W. Z. V.) Auf persönliches Ersuchen Jarnadellis soll Carcano sich bereit erklärt haben, das Finanzportefeuille zu übernehmen.

Krefeld, 7. August. (W. Z. V.) Die heute stattgefundenen Verhandlungen zwischen den ausständigen Sammelarbeitern und dem Verein der Riedersheimischen Textil-Industrie sind ergebnislos verlaufen. Der Ausstand dauert fort.

Duisburg, 7. August. (W. Z. V.) In einer Baugrube wurden vier dort spielende Kinder durch einen Erdrutsch verschüttet; ein Knabe wurde getötet, ein Mädchen schwer verletzt, die beiden anderen Kinder blieben unverletzt.

Vevey, 7. August. (W. Z. V.) Der internationale Kongress für literarisches und künstlerisches Eigentum ist heute Nachmittag unter zahlreicher Beteiligung eröffnet worden.

Partei-Nachrichten.

Der grobe Unfug in Halberstadt wird fortgesetzt; der Ferienredacteur fordert jetzt die Streichung des Zukunftsstaats aus dem Programm...

Gemeindevahlen. Bei der Gemeinderats-Erwahl in Groh-Flottbeck bei Altona wurde der Kandidat unserer Partei mit starker Mehrheit gewählt.

Boykott von der Kanzel herunter. In der Stadt Erbdorff in der bairischen Oberpfalz sollte eine sozialdemokratische Versammlung stattfinden...

Totenliste der Partei. In Säbed starb nach längerer Krankheit der Parteigenosse Johann Anorz. Der Verstorbene war einer von denen, die, wenn es galt, der Partei zu dienen...

Kongress der französischen Arbeiterpartei. Die französische Arbeiterpartei (Guesdisten) hält ihren diesjährigen 19. Jahreskongress vom 14.-17. September in Roubaix ab.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Tarifbewegung der Bauanschläger. Am Dienstag wurde in einer Versammlung berichtet: Die Meister, die selbst einen spezialisierten Tarif ausgearbeitet haben...

Deutsches Reich.

Generalkstreik der Flaschenmacher.

In den letzten Tagen haben wieder in verschiedenen Centren der Glasindustrie imposante Volksversammlungen stattgefunden, die den Streikenden ihre Sympathie bekundeten.

Die weitgehende Klarlage, welche die Polizei den Streikbrechern in den Siemens'schen Glasfabriken in Dresden und Döhlen zu teil werden läßt, ermutigt die Arbeitswilligen...

Ein charakteristischer Vorfall trat sich in der Nähe der Kantine der Glasfabrik zu. Dort standen einige Streikende ganz ruhig, als etliche Arbeitswillige mehreremal provoziert...

Wir sind Streikbrecher von Friedrich Siemens, Wir leben und sterben für Friedrich Siemens. Daß wir Streikbrecher sind, Das weiß ein jedes Kind.

Es gehört wirklich ein hoher Grad von Schamlosigkeit dazu, wenn Leute, die ihren Arbeitsbrüder behaupten in den Rücken fallen, sich noch in so frecher Weise mit ihrem schändlichen Thun brüsten...

Klempner. Wie die „Lüßdorsfer Volkstimme“ berichtet, sind die Klempner der dortigen Fischmarkt- und Badewannenfabrik von Math. Werner am Montag in den Ausfluß getreten.

Die internationale Stahlarbeiter-Konferenz, welche im September in Solingen stattfinden sollte, wird voraussichtlich auf nächstes Frühjahr vertagt werden müssen.

Ausland.

Die französischen Streiks im Monat Juni. Nach den soeben erschienenen Veröffentlichungen des „Office du Travail“ sind im Monat Juni 57 Streiks zum Ausbruch gekommen...

Gewerkschaftliche Organisationen im Staate New York. Im ersten Quartal 1901 wurden 89 neue Unionen angemeldet. In derselben Zeit wurden 25 Gewerkschaften aufgelöst...

Zum Stahlarbeiterstreik in Amerika. Den heut vorliegenden telegraphischen Meldungen zufolge soll der allgemeine Ausbruch der Arbeiter aller zum Stahlwerk gehörenden Werke am Sonnabend beginnen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Organisation der Landarbeiter in der Provinz Brandenburg.

Der vorjährige Parteitag der Provinz Brandenburg beschloß nach eingehender Beratung der Frage: „Wie organisieren sich die Landarbeiter“, folgende Resolution: 1. Fragebogen über die ökonomische Lage der Landarbeiter und Kleinbauern bei der Agitation zu benutzen...

Mit dieser in wenigen Sätzen festgelegten Resolution hatte man der „Brandenburger Agitationskommission“ eine Herkulesarbeit übertragen, die um so schwieriger zu leisten war, als sich der wirtschaftlichen Lage und der Jurisdiktion jener Leute entsprechend, bisher nur schwer eine Verbindung irgend welcher Art herbeiführen ließ.

Um die ökonomische Lage der für uns in Betracht kommenden Landbevölkerung wirklich kennen zu lernen, wurde seitens der Kommission ein Fragebogen entworfen, dessen Beantwortung neben dem nicht zu unterschätzenden statistischen Material ein Spiegelbild der so traurigen, abhängigen Lage dieser Kreise bieten soll.

Die Fragen lauten folgendermaßen:

- Ort: ... Einwohnerzahl: ... Sind Fabrikarbeiter, Vergarbeiter, gewerbliche Arbeiter, Erntearbeiter, ländliche Arbeiter am Ort? ... Welche Art ländlicher Arbeiter giebt es dort? ... Giebt es dort Kossäthen, Kleinbauern? ... Sind Frauen beschäftigt, Kinder, Ausländer, Soldaten? ... Wie lang ist die Arbeitszeit? ... Wie lang ist die Dauer des Vertrages? ... Wie hoch ist der Lohn? ... Wie ist für die Fälle von Krankheit gesorgt? ... Wie sieht es mit der Unfallversicherung aus? ... Wie sieht es mit der Sorge für das Alter? ... Besondere Bemerkungen.

In einem allgemein verständlichen Anschreiben wird auf die Art und Weise der Ausfertigung, Ausfüllung und der Einbringung dieser Fragebogen hingewiesen, eine Arbeit, die, in dieser Form angefaßt, die Kommission in den Stand setzen dürfte, zu Beginn des neuen Jahres mit dem gesammelten Material in die Öffentlichkeit zu treten.

Weiter richtet die Kommission das Augenmerk der Genossen auf die Notwendigkeit, die Organisationen auf dem platten Lande durchzuführen. Ein Verzicht über den Fortschritt der Organisation in den Kreisen resp. einzelnen Bezirken soll der Kommission bis Oktober übermitteln werden.

Damit dürfte man endlich einmal der für die Sozialdemokratie so wichtigen Frage, die Landarbeiter und Kleinbauern für unsere Ideen zu gewinnen, ernstlich näher getreten sein. Winnt man durch diesen Fragebogen und den sich daraus ergebenden Verbindungen das Verständnis der Landleute für ihre ökonomische Lage mit seinen Zielen und Forderungen in das richtige Gleichgewicht, dann unterliegt es keinem Zweifel, daß sich unsere Ideen in den kleinsten Orten der Provinz behaupten werden.

Zur Lokalkasse. Den Mitgliedern der Lokalkommission Berlins, besonders aber denen der Umgegend zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 18. August, die nächste Lokalkasse erscheint. Wir erlauben daher, Reminders resp. Neu-Aufnahmen bis spätestens Montag, den 12. August, einbringen zu wollen.

Gleichzeitig ersuchen wir alle diejenigen, die Auskunft in Lokalangelegenheiten wünschen, eine Karte mit Rückantwort zu senden. Bei Hinweisen auf Lokale, die uns nicht zur Verfügung stehen, müssen die Zuschriften Name und Wohnung des Absenders enthalten, da wir sonst nicht in der Lage sind, den Wünschen zu entsprechen.

Die Lokalkommission.

S. A.: Karl Scholz, Brangelstr. 110.

Zweiter Wahlkreis. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß heute die Verteilung des Flugblattes gegen den Protokollerstatut stattfindet. Gleichzeitig werden die Parteigenossen darauf aufmerksam gemacht, daß die Petitionskarten gegen die Lebensmittelerhöhung vom 11. August an in Umlauf gebracht werden.

Die Vertrauensleute.

Dritter Berliner Reichstags-Wahlkreis. Sonntag, den 11. August: Familien-Ausflug nach Friedrichshagen (Restaurant Hohensteiner Mühle). Reges Betätigung erwünscht.

Der Vorstand.

Die Parteigenossen von Tempelhof-Martensdorf und Umgegend werden hiermit auf die in Tempelhof am Freitag, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Hollwig, Berlinerstraße 80, stattfindende öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen ganz besonders aufmerksam gemacht.

Parteigenossen, seit vielen Jahren ist dieses die erste öffentliche Volksversammlung, welche in unserer Ortschaft stattfinden soll. Es braucht wohl nicht erst gesagt werden, daß demzufolge sowie der interessanten Tagesordnung wegen ein jeder Parteigenosse nunmehr auch die Pflicht hat, für regen Besuch zu agitieren.

Der Einberufer.

Schöneberg. Die Parteigenossen werden nochmals auf die heute abend stattfindende Flugblattverteilung gegen den Protokollerstatut aufmerksam gemacht. Die Ausgabe der Flugblätter erfolgt für den 1. und 2. Bezirk bei Ständer, Hohenstaufenstraße 80; 3. und 4. Bezirk bei Schilling, Ruffhauerstr. 18; 5. und 11. Bezirk bei Krüger, Grunewaldstr. 110; 6. Bezirk bei Hoppe, Merseburgerstr. 7; 7. 8., 12. und 13. Bezirk bei Labe, Straßend. 9; 9. und 10. Bezirk bei Hauser, Sedanstr. 81; 13. Bezirk bei Wall, Sponholzstr. 34; 14. und 15. Bezirk bei Hüffel, Gutflostr. 9.

Lokales.

Die Grabstätte unseres unvergeßlichen Liebsteins war am seinem ersten Todestage der Volksharmonie zahlreicher Genossen, die teils im Auftrage, teils aus freiem Antriebe den großen Toten Weisungen ihrer Dankbarkeit in Form von Kranzspenden widmeten. Schon in früherer Morgenstunde hatten die Vertreter der Parteigenossen von Berlin und Umgegend einen Riesenkranz niedergelegt mit der Aufschrift: „Dein letztes Wort gilt auch für uns. Immer in der Offensive, niemals in der Defensive.“ Die Arbeiterbildungsschule, deren Begründer der Verstorbene bekanntlich gewesen, spendete ihrem „unvergeßlichen Wilhelm Liebsteins“ ein kostbares Blumenarrangement.

Bundesgenossen im Milchriege.

Die Führer der märkischen Milchproduzenten rühmen sich, für ihren Kampf gegen die Berliner Milchhändler einen Bundesgenossen gefunden zu haben. In einem an die Milchbauern der Mark gerichteten Aufruf sagen sie: „Unser Herrgott meint es gut mit den märkischen Bauern, darum schickte er die Trockenheit ins Land, so daß von einem Milchüberschuß in diesem Herbst und im nächsten Jahre nicht die Rede sein kann.“

Den Herrgott zu danken und ihn zum Bundesgenossen zu machen, das ist nun einmal im Kriege üblich. Warum sollte es im Milchriege anders sein? Gewöhnlich wird der Herrgott sogar von beiden kriegführenden Parteien als Bundesgenosse rekrutiert. In diesem Punkte gleicht allerdings der Milchriege doch nicht völlig einem echten und rechten Kriege; denn diesmal verzichtet die eine Partei, die der Milchhändler, von vornherein auf die Hilfe Gottes. Uebrigens wird wahrscheinlich auch mancher märkische Bauer über den Bundesgenossen im Himmel nicht sehr erfreut sein. Die Trockenheit, die vom Herrgott speziell um der märkischen Bauern willen ins Land geschickt worden ist, hat für den Landwirt doch auch noch andre Folgen als die, daß die Milch knapp wird und den Milchverteenern die Ausfüllung ihrer Pläne erleichtert wird.

Die Berliner Milchhändler suchen, wie gesagt, ohne den Herrgott und seine Bundesgenossenschaft auszukommen. Sie glauben seinen Bestand auch gar nicht zu brauchen. Im Kampfe mit den Milchproduzenten erwarten sie Hilfe von einem andern Bundesgenossen, gegen dessen Macht niemand ankam. Er heißt: die Not!

Es ist klar, daß die Milch für die Berliner Konsumenten teurer werden muß, wenn die Pläne der märkischen Milchproduzenten gelingen. Die Preissteigerung würde aber sehr bald einen Rückgang des Verbrauchs zur Folge haben, der für die Produzenten, wenn er zu weit geht, nicht weniger unbedeutend werden dürfte, als für die Händler. Die Milch ist zwar kein Luxusartikel, auf den man ohne Schaden verzichten könnte, sondern ein durchaus notwendiges und wichtiges Nahrungsmittel. Für die Säuglinge, soweit sie nicht mit der Brust genährt werden, ist sie sogar lange Zeit das einzige Nahrungsmittel und darum im weitesten Sinne des Wortes unentbehrlich. Dennoch sind große Kreise der Bevölkerung gezwungen, auch die Milch, sobald ihr Preis steigt, als Luxusartikel zu betrachten und entweder die Menge des Milchverbrauches einzuschränken oder sich mit minderwertiger Milch zu begnügen. Die Milchhändler hoffen, der unvermeidliche Rückgang des Verbrauchs werde die Milchverteenern rasch zu der Einsicht bringen, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen können. Wir glauben in der That, daß die Milchhändler, wenn es möglich wäre, den Preis der Milch noch weiter zu erhöhen, ohne dadurch eine fühlbare Verminderung des Verbrauches herbeizuführen, das selber längst gethan hätten; denn natürlich haben auch sie vor allem den Wunsch, möglichst viel zu verdienen — der einzige Gedanke, in dem sie sich mit den Milchproduzenten begehen.

Für die Konsumenten ist das, was die Inverkehrung der Milchhändler bildet, ein recht schlechter Trost. Ob sie willig für die Milch den höheren Preis zahlen, den die Produzenten und die Händler ihnen bestimmen oder ob sie ihren Verbrauch nach Quantität wie nach Qualität einschränken; in jedem Falle sind sie die Geschädigten. Daß auch die Einschränkung des Verbrauches eine Schädigung der Konsumenten bedeutet, das mag nicht jedem

Nur sein, aber es ist dennoch so. Man darf im Voraus behaupten, daß eine weitgehende Verteuerung der Milch und eine dementsprechende Einschränkung des Milchverbrauchs die Kindersterblichkeit in Berlin, die ohnedies erschreckend groß ist, noch beträchtlich steigern würde. Die Gemeinwohlthätigkeit der Milchverteilungsbefreiungen würde darin mit greifbarer Deutlichkeit zu Tage treten.

Den Milchverteilern ist das natürlich sehr gleichgültig. Was geht es sie an, ob künftig in Berlin in jedem Jahre noch ein paar Tausend Kinder mehr als sonst zu Grunde gehen! Sie dürfen sich ja darauf berufen, daß sie sogar den Herrgott auf ihrer Seite haben.

Die Apothekenbesitzer an der Arbeit. Einen ihrer würdigen Geniestreiche haben die Apothekenbesitzer soeben ausgeführt. Schon in der letzten Versammlung in der Ressource wurde mitgeteilt, daß Anstrengungen gemacht wurden, den Gehilfen des Apothekers Lutter in Potsdam, der zum Kerger der Berliner Apotheker die Charlottenburger und Schöneberger Kassenmitglieder mit Arzneien zu den gewünschten Bedingungen versorgt, gegen seinen Prinzipal aufzuheben und ihn zum sofortigen Verlassen seiner Stelle zu veranlassen. In zahlreichen anonymen Briefen wurde er in allen Tonarten aufgeschrien, nicht länger im Dienste dieses Mannes zu bleiben, der „den vereinigten Bestrebungen zur Hebung des Standes“ schände in den Rücken gefalle sei. Es wurde ihm zugesagt, daß die Berliner Apotheker ihm dafür eine andre, angenehme und gut salaririerte Stellung sicher besorgen würden usw. Ein derartiges Schreiben fiel auch in die Hände des Herrn Lutter; aber er glaubte, daß sein langjähriger Mitarbeiter nicht darauf reagiere, da er ihm persöhnlich, ein solches Geschreibsel könne ihn nicht beeinflussen, zumal Herr Lutter Kustalten traf, noch einen oder zwei weitere Gehilfen zu engagieren. Aber schließlich muß es doch den Briefschreibern gelungen sein, diesen Herrn Hinte umzustimmen. Und zwar entschloß sich derselbe, nicht nur selbst aus dem Geschäft zu verschwinden, sondern er veranlaßte durch verschiedene Redereien auch Herrn Lutter, einem schon engagierten Gehilfen telegraphisch wieder abzuschreiben. Darauf blieb er am Dienstagmorgen aus, so daß sich Herr Lutter ganz allein mit einem Gehilfen im Geschäft sah. Dadurch, so hatte man kalkuliert, wird Lutter außer Stande sein, die aus Potsdam, Charlottenburg und Schöneberg bei ihm eintreffenden zahlreichen Rezepte zu bewältigen. Aber es wurde bald klar gemacht. Ein alter Apotheker, der zwar schon seit Jahren nicht mehr hinter dem Rezeptiertisch gestanden, aber auch mit den Arzneiwissenschaften nicht an einem Strick zog, fuhr sofort nach Potsdam und stellte sich Herrn Lutter bis auf weiteres zur Verfügung, und mit seiner Hilfe wurden alle eingegangenen Rezepte pünktlich besorgt und auch dieser keine Plan der Herren Schade und Konforten zu Schanden gemacht.

Wie man bei Hofe trauert. Der Ober-Ceremonienmeister Graf Eulenburg hat folgende Anordnung erlassen:

Die Damen tragen in den ersten sieben Wochen, bis einschließlich den 23. September, schwarze wollene Hohe Kleider, Handschuhe von schwarzem Leder (nicht glatt), schwarze Fächer und den Kopfschmuck von schwarzem Krepp. Dieser Kopfschmuck besteht in den ersten drei Wochen, bis einschließlich den 20. August, aus einer tiefen Fledde mit ganz kleiner Spitze und breitem Saume, einer Haube mit gesäumten Strichen und zwei Schleieren, einem langen, welcher zurückgesteckt ist und bis zur Erde hinabreicht, einem kürzeren, um damit das Gesicht zu bedecken; in den nächsten zwei Wochen, bis einschließlich 9. September, aus einer kleineren Fledde mit längerer Spitze und schmalerem Saume und nur dem langen Schleier; in den darauf folgenden Wochen, bis einschließlich 23. September, aus einer kleinen Fledde mit langer Spitze.

In der zweiten Hälfte der Trauer, und zwar sechs Wochen lang, vom 24. September bis einschließlich den 5. November, erscheinen die Damen in schwarzseidenen Kleidern und nehmen dazu während der ersten drei Wochen den Kopfschmuck von glatten schwarzen seidnen Flor mit gesäumten Strichen, schwarze Handschuhe (glatt), schwarze Fächer und schwarzen Schmuck; in den darauf folgenden zwei Wochen, in welchen auch schwarze Sammetkleider getragen werden dürfen, erscheinen sie mit weißem Kopfschmuck, hellgrauen Handschuhen, weißen Fächern und Perlen; erst in der dreizehnten Woche können sie zu hellgrauen Handschuhen bunten Kopfschmuck, bunte Fächer und Juwelen nehmen.

Die Herren, welche Uniform tragen, nehmen für die ganze Zeit der Trauer einen Flor um den linken Oberarm, in den ersten sieben Wochen erscheinen sie mit bestickten Ärmelschäden, Epauletten, Knöpfen, Knöpfen, Portepees, die Kammerherren mit besticktem Schlüssel; diejenigen, welche nicht dem Militärfache angehören, tragen für die ganze Zeit der Trauer zum gestickten Knopf bei großer Gala schwarze Knieflecken, schwarze seidene Strümpfe, in den ersten sieben Wochen schwarze wollene Westen, Schuhe mit schwarzen Schnallen, Degen mit schwarzer Scheide und schwarze Handschuhe, in den letzten sechs Wochen schwarze seidene Westen, Schuhe mit blanken Schnallen und Degen mit weißer Scheide und zur gestickten Uniform weiße Handschuhe; zur halben Gala die gold- beziehungsweise silberbordierten Beinleider von der Farbe der Uniform und in dem einen wie in dem andern Fall den gold- beziehungsweise silberbordierten Hut mit weißer Feder; zur kleinen Uniform dagegen schwarze Unterleider (beziehungsweise Knieflecken), schwarze seidene Strümpfe, Schuhe mit schwarzen Schnallen und Hut mit schwarzer Feder und nehmen dazu sowie zum Zivilanzug in den letzten sechs Wochen hellgraue Handschuhe.

Die Herren, welche nicht Uniform tragen, erscheinen während der ganzen Trauerzeit mit einem Flor um den linken Oberarm; diejenigen, welche das vorgeschriebene Hofkleid von schwarzem Tuch anlegen, tragen dazu in den ersten sieben Wochen anstatt der Atlas-, eine schwarze wollene Weste und Schuhe mit schwarzen Schnallen, in den letzten sechs Wochen aber bunte Schnallen und hellgraue Handschuhe; alle andern Herren, welche im Grad erscheinen, legen schwarze Unterleider an und nehmen dazu in den ersten sieben Wochen schwarze wollene Westen und schwarze Handschuhe und in den letzten sechs Wochen schwarze seidene Westen und hellgraue Handschuhe.

Obwohl wir bei unsren Lesern kein Verständnis für Hofceremonien voraussetzen, wird es sie doch interessieren, in welche Formen sich die Gefühle in jenen Kreisen kleiden.

Im Humboldtthain haben die Baumstämme in diesem Jahre ganz außergewöhnlichen Fruchtreichtum entwickelt, auch eine Ernte, soweit es sich dabei um halbreife Einnachenerle handelt, hat bereits stattgefunden. Die grünen Risse werden von größeren Restaurants, Dessertgeschäften aber auch Privatleuten bestellt und schockweise zu 50 Pf., soweit der Vorrat reicht, abgegeben. Das Ernten der reifen Risse erfolgt erst im Herbst bei Eintritt der Requinofallstämme; doch thun Freunde früherer Walnüsse gut, sich schon jetzt bei der Direktion im Beamtenhause des Hains durch Bestellung ein erwünschtes Quantum zu sichern, dessen Abgabe dann ebenfalls zu 50 Pf. pro Schock erfolgt. Auch die umfangreiche Einkulturland in der Dekorationsgärtnerei verspricht reichen Ertrag und liefert im sogenannten „Augustwein“ die ersten Berliner Weintrauben. Lediglich ein Schock japanischer Sophoren (Schonafazien, Schnurabäume) stehen in voller Blüte und erregen als phänomenale Erscheinungen das Staunen der Passanten. An der geologischen Wand sind die Salze bereits derartig verwittert, daß ihre Erneuerung im nächsten Jahre bereits beschlossene Sache ist. Für Erweiterung bezw. Ergänzung der Wand sandte die Firma Krupp-Essen 5 Risten im Gewicht von 15 Centnern mit Mineralien, meist Eisenerzen. Da der Zahn der Zeit an dem Bau bereits recht kräftig gemagt hat, ist es fraglich, ob ein Einbau dieses Materials überhaupt statthaft ist, und ob es nicht besser sei, dasselbe den Schulen direkt zu übermitteln. Die trockene Witterung war der Vermehrung der Kaninchen im Hain sehr günstig. Sie haufen besonders in den Wäldchen der Eisenbahnlinie. Um ihr späteres Vordringen zu verhindern, werden bereits jetzt Vorkehrungen getroffen. Bei dem letzten schweren Gewitter Schlag der Blitz in einen Schornstein der alten Warmhäuser, riß den oberen Teil desselben herab und spaltete ihn, ohne weiter Schaden anzurichten.

Aus dem Leben der gediederten Welt. Daß alle Kranke, wie zu spät ausgetommene, zur Reife unfähige junge Störche auf Beschluß nach Kommando vor der Versammlung getötet werden, ist erwiesene Thatsache. Daß Spanien unter Umständen Neuhäuser zu ihm sich anziehen, war gestern auf dem alten Sophien-Kirchhofe an der Bergstraße zu konstatieren. Den hinteren Teil desselben an der Vernauerstraße bildet ein Waldchen aus Fliederbäumen mit Eichen und einigen andern Hölzern durchsetzt, auf denen sich Spagener, die bekanntlich immer sehr lieblich gebaut sind, befinden. Eines derselben, in dem sich Junge befanden, war vom Winde herabgeworfen worden. Auf das Angstgeschrei des Mähdchens: „Sieh! sieh! sieh!“ eilten sofort alle Spagener aus der Umgebung herbei, stürzten sich auf das Nest, hieben auf die darin liegenden Jungen ein, gingen den zeternden Alten zu Leibe, ballten sich mit gespreizten Fingern zu Klumpen und riefen alle rasend an dem Stamm des Baumes, der das Nest getragen, hin und her. Es waren ihrer mehrere Hundert, die sich an der Unglücksstätte versammelt hatten. Erst nach etwa einer halben Stunde beruhigte sich die erregte Gesellschaft etwas, sah aber noch lange, die Blide dem Resklumpen zugewandt, an den nächsten Bäumen. Der Arbeiter des betreffenden Reviers übte Samariterdienste an den Jungen, die indes bald verendeten.

Durch ein Versehen ist in unserer gestrigen Nummer in der Rubrik Lokales durch ein unrichtiges Aneinanderfügen des Satzes ein böses Durcheinander hervorgerufen. Der Schlussatz zu der Notiz „Ein gefährlicher Fabrikbrand“ mußte zu der Notiz „Ein pfiffiger Geschäftsmann“ hinaufgerückt werden. Hoffentlich urteilen nicht alle Leser wegen des technischen Fehlers so hart über die — Redaktion als es in einer Reihe „Liebeshöriger“ Zuschriften geschah.

Die vernagelten Schießarten! Die Bedeutung der Schießarten in den Thüren der neuen Alexanderstraße in der Prinz-Friedrich-Strasse ist von dem Publikum allem Anschein nach verkannt worden, so daß sich die Garnisonverwaltung veranlaßt gesehen hat, besondere Maßnahmen zu treffen, um die viel besprochenen „Löcher“ der Kasernengebäude den Zivilisten theilweise unsichtbar zu machen. Die Straßenspatanten benutzten nämlich die Schießarten als — Sudlöcher, um durch diese in die Geheimnisse des Kasernenhofes einzubringen. Dagegen ist nun, wie bekannt, die Militärverwaltung sehr empfindlich, und da es selbst den Posten nicht möglich war, die Reugierlichen immer in respektvoller Entfernung zu halten, so hat man schließlich kurz entschlossen die Klappe zugemacht, die Löcher sind mit Blech vernagelt. Nur die oberen, an die das profane Auge des Zivilisten nicht heranziehen kann, sind ihrem eigentlichen Zweck erhalten.

Was ein Häschen werden will . . . Die Kriminalpolizei hat vorgestern nach dem Raub der Untersuchungsgefängnis vier Burichen im Alter von 13 bis 20 Jahren eingeliefert, die gefänglich sind, in 21 Fällen bedeutende Diebstähle und Einbrüche verübt zu haben. Der Arbeitsburche Erich Krone, der 13jährige Schulknabe Albert Lehmann, der 13jährige Arbeitsburche Augustbader, Wilmersstr. 2 und Otto Schmidt hatten sich im vorigen Monat zu gemeinsamen Raubzügen durch Berlin vereinigt. Krone, der ungarischer seiner 13 Jahre schon zweimal wegen Diebstahls bestraft ist, war der Führer der jugendlichen Bande. Bei ihrer ersten Diebstahlsfahrt brachen sie in der Frankfurter Allee 185 in die Wohnung eines Kaufmanns R. ein und entwendeten für 150 M. Goldschmuck, sowie einen Steuergeld, welchen sie als Legitimation beim Besetzen der gestohlenen Gegenstände benutzten. In der Fruchtstraße stahlen die Burichen eine Flasche Rotwein, am Weidenweg schlugen sie ein Schaufenster ein und entwendeten ein wertvolles Buch. Bei ihrem zweiten Raubzug stahlen sie aus einem Garderobengeschäft in der Frankfurter Allee einen Anzug, dem ihnen bekannten Sohn des Grünfahndlers Hünze nahmen sie 52 Mark ab, die er einem Lieferanten bringen sollte. Der fünfzehnjährige Augustbader stahl in den Landwehrkanal. Ein Arbeiter rettete den Knaben vom Tode des Ertrinkens. A. jedoch entkam. In der vorigen Woche mußte sich die junge Raubbande einen neuen Zweig ihrer Thätigkeit. Sie verlegte sich auf Wadendiebstahl. In der Badeanstalt der Gebr. Krüger, Auerbach, Stralauer Allee, in Rummelsburg usw. entwendeten sie eine große Anzahl Portemonnaies mit zusammen etwa 50 M. Geld, dem Wadeneinsteher Ewert Hahnen sie aus einem Aufbewahrungsraum zwei Geldtaschen mit 8 Mark harem Geld. Zuletzt wandten sich die Burichen nach Lichtenberg. Hier gelang es schließlich dem Gendarmen Reier, Krone zu verhaften. A. verriet nun seine Gefährten und diese wurden alle drei in der Auerbach'schen Badeanstalt festgenommen, als sie dabei waren, Wadengästen die Taschen zu visitieren. Ungeachtet des Beiseins von Beamten erhielten die Burichen von den empörten Wadengästen vorerst eine tüchtige Tracht Prügel. Nach ihrer Vernehmung im Lichterberger Amtsgefängnis sind sie nun nach Moabit in Untersuchungshaft gebracht worden.

Eine Diebstahlsjagd rief vorgestern im Norden der Stadt einige Aufregung hervor. Ein junger Mann stahl in dem Hause Verstr. 43 ein Fahrrad und machte den Versuch, es in dem Rebenhause Nr. 42 zu verstecken. Als der Inhaber der Handleihe ihn bei einem Augenblick zu warten, witterte er Unheil und fuhr davon. Verfolgt, ließ er das Rad im Tische, indem er es an der Ecke der Adler- und Vernauerstraße hinwarf, lief in ein Eckhaus hinein, kletterte über die Hofmauer nach dem Grundstück Vernauerstr. 109 hinüber und glaubte von hier aus weiter kommen zu können. Ein Radler, der die Verfolgung des flüchtigen Diebes aufgenommen hatte, überfuhr an der Ecke der Vernauer- und Hufschützstraße einen kleinen Jungen. Der Knabe mußte mit einem gebrochenen Bein in das Lazaruskrankenhaus gebracht werden. Trotz dieses Unfalls gelang es aber doch noch, den Dieb einzufangen. Man übernahm ihn einem Schutzmann, der ihn hiebte und nach der Revierwache abführte.

Bei der Arbeit gestört wurden mehrere Einbrecher, welche dem Lagerkeller des Schlächtermeisters Rudolph in der Gollnowstraße, eines unvollkommenen Besuch abstatuerten. Herr R., dessen Wohnraum über dem Lagerkeller gelegen ist, wurde in der Nacht zum Mittwoch durch ein im Keller lautverdringendes Geräusch wach. In der Annahme, daß seine Gefellen schon bei der Arbeit wären, öffnete er die Korridorthüre und rief nach dem Keller hinunter: „Na, Ihr seid ja heute schon so früh auf.“ — Einer der Diebe antwortete darauf: „Es ist ja auch schon spät genug, Meister!“ — Herr R., dem die antwortende Stimme fremd vorkam, hebelte sich nordwärts an und eilte nach dem Lagerraum hinab, um zu seinem Schrecken zu erkennen, daß Einbrecher bei ihm thätig gewesen seien. Dieselben hatten mit einem scharfen Stemmeisen die eisenschlagene Thür eingeschlagen und durch die so entstandene Oeffnung zwölf Spieß Dauerwürste im Werte von etwa 600 M. entwendet. An der Mithnahme anderer Waren wurden sie durch das rechtzeitige Erwachen des Schlächtermeisters verhindert.

Ein brennender Straßenbahnwagen verursachte vorgestern nachmittag wiederum eine Verkehrsstörung. Gegen 4 Uhr fing in der Brunnenstraße der Sommerwagen Nr. 1276 der Linie Geländebrennen—Marheide Platz Feuer. Infolge Kurzschluß brannte die Kabelleitung des Auschalters und auch die Holzsteile wurden von den Flammen ergriffen. Die Passagiere vermochten noch rechtzeitig den Wagen zu verlassen, der, nachdem das Feuer mit einigen Eimern Wasser gelöscht war, außer Betrieb gesetzt werden mußte.

Durch Umwerfen einer Petroleumlampe hätte in der Nacht zum Mittwoch in dem Hause Köpnickstr. 24 ein größeres Schadenfeuer entstehen können. Der Arbeiter L., der in dem Hause die Partorenwohnung inne hat, hatte während der Nacht die brennende Lampe vor dem Bett stehen, um im Bett liegend die Zeitung zu lesen. Durch eine unvorsichtige Bewegung warf er die Lampe um, die sofort die leicht brennenden Gegenstände anzündete, und ehe die erschreckten Eheleute zur Beflüchtigung kamen, schlug die Flamme hoch an den Gardinen empor. Unzweifelhaft hätte ein größerer Brand entstehen können, wenn nicht der Lieutenant des Polizeibureau in der Köpnickstr. 23a auf dem Heimweg von seinem Dienst bei dem Brand in der Köpnickstr. die Feuersgefahr bemerkt hätte, und kurz entschlossen mit dem ihm

begleitenden Schutzmann zur Hilfe geeilt wäre. In kurzer Zeit war der Brand gelöscht und jede Gefahr beseitigt.

Unfall oder Selbstmord? In der Nacht zum Mittwoch gegen 2 1/2 Uhr haben Passanten des Elisabeth-Platzes vor dem Hause Nr. 42 einen älteren Mann ins Wasser fallen. Ob er sich in selbstmörderischer Absicht hineinstürzte, oder durch einen Unfall hineingeriet, konnten sie nicht beobachten. Es gelang zwar, den Untergegangenen nach einigen Suchen aus dem Kanal wieder herauszuholen, er war aber bereits tot, und alle Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg.

Von einem Pferd erschlagen wurde vorgestern der 84 Jahre alte, aus Feldberg gebürtige Rentner Friedrich Freise, ein früherer Rittergutsbesitzer, der zuletzt im Ruhestande bei seinem Enkel auf einem Gute bei Pausinane lebte. Als der Enkel ein junges Pferd vornahm, ging ihm der alte Herr mit seinem Rat für die Behandlung zur Seite. Hierbei wurde er von dem Tier umgerannt und durch mehrere Hufschläge gegen den Kopf so schwer verletzt, daß er bald darauf in einem Berliner Krankenhaus, wohin man ihn schleunigst brachte, seinen Geist aufgab. Die Leiche wird nach der Heimath des Verstorbenen übergeführt werden.

Bei der Arbeit verunglückt ist der 26 Jahre alte Dachbeder Gerhard Förster aus der Klagenstraße 17. Auf dem Dache des Hauses Rantstraße 24 mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigt, stieß er das Gefäß mit Theer um, stolperte darüber und zog sich am Gesäß und der rechten Schulter so schwere Verletzungen zu, daß er mit einem kühnen Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Als Leiche aufgefunden worden ist die frühere Verkäuferin Vertha Albrecht, die seit einigen Tagen vermißt wurde. Sie hat sich im Wannsee ertränkt.

Auf dem Wege zum Krankenhaus gestorben ist der 58 Jahre alte Drochsenhändler Friedrich Hoffmann aus der Salferstr. 133, der bei dem Fuhrherrn Strenn in der Köpnickstr. 62 beschäftigt war. Seit drei Jahren herzleidend, wurde er gestern auf dem Aufschub vom Schloße gerührt. Berufsgenossen brachten ihn nach Hause und von dort wollte ihn seine Frau mit der Drochse dem Krankenhaus am Ueban zuführen. Beim Verlassen des Wagens brach er zusammen und starb auf der Stelle.

Gram über den Verlust ihres Mannes hat die 56 Jahre alte Witwe des Schlächtermeisters Wifold aus der Daperstraße 48 in den Tod getrieben. Wifold starb, nachdem er längere Zeit gekrankelt hatte, vor vier Wochen. Seine Frau, die mit ihm in langer glücklicher Ehe gelebt hatte, konnte den unerträglichen Verlust nicht erwinden. Von Tag zu Tag wurde sie tiefermüder und schließlich legte sie Hand an sich, um sich durch den Tod wieder mit dem schmerzlichen Vermissten zu vereinigen.

Ein Straßenaub, der am Montagabend in der Nähe des Marine-Panoramass am Lehrter Bahnhof verübt wurde, beschäftigt die Kriminalpolizei. Der Schlächtergehilfe Paul Hoffmann, der bei dem Meister Wagner in der Riemlingstraße 11 beschäftigt ist und wohnt, ging um 5 Uhr nachmittags aus, um Verwandte zu besuchen. Als er sich auf dem Heimwege abends gegen 9 Uhr am Wilhelmshofer bestand, tauchten in der Nähe des Marine-Panoramass plötzlich vier Kerle vor ihm auf, von denen ihn drei von vorn anfielen, während der vierte ihn von hinten packte und festhielt. Der Ueberfallene rief um Hilfe, aber bevor jemand dazu kam, hatten ihm die Wegelagerer bereits seine silberne Remontoiruhr mit einer silbernen Schalenkette, einen goldenen Siegelring mit rothbraunem Stein und den Spazierstock entrissen und mit der Beute das Weite gefunden.

Von der Elektrischen überfahren wurde am Mittwochabend Ede Raunhstraße und Adalbertstraße eine 70jährige Frau. Dieselbe erlitt aufsehenerregende schwere Verletzungen. Nachdem ihr auf der Unfallstation in der Köpnickstraße die erste Hilfe zuteil geworden, wurde sie vermittelst Krankenwagens in das Krankenhaus überführt.

Große Aufregung bei einem Ladenbrand herrschte Dienstagabend in der Köpnickstr. 11. Hier war in dem Schnittwarengeschäft von Welsch gegen 10 Uhr aus nicht ermittelter Ursache Feuer ausgebrochen, das durch starke Verqualmung die Mieter der oberen Stockwerke stark belästigte. Eine über den Laden wohnende alte Dame konnte nur mit Gewalt von einem Sprünge auf die Straße zurückgehalten werden. Die Feuerwehre löschte den Brand in verhältnismäßig kurzer Zeit ab, doch ist der größte Teil des Ladensinhalts zerstört.

Berliner Athletenverein für Obdachlose. Im Monat Juli nächstigen im Männerasyl 21 695 Personen, wovon 12 495 badeten; im Frauenasyl 4391 Personen, wovon 1283 badeten.

Aus dem Tagebuch der Erde, der dekorative Vortrag, welcher gegenwärtig im wissenschaftlichen Theater der „Urania“ gegeben wird, schildert die Entstehung unseres Weltkörpers aus seinem Urzustande und die Entwicklung desselben durch die verschiedenen geologischen Zeitalter bis zur Gegenwart. Unter andern wird das berühmte Plateaufache Experiment den Besuchern vorgeführt und erregt durch seine Anschaulichkeit das allgemeinste Interesse. Am Mittwoch, den 14. August, werden die Teilnehmer des internationalen Zoologenkongresses diesem Vortrag beiwohnen.

Feuernachrichten. Bei einem Brande, der Dienstagabend in der Reimendorferstr. 24 ausbrach, kam ein Pferd um, zwei andre konnten nur mit Mühe gerettet werden. Auf dem Grundstück steht inmitten großer Holz- und Kohlenlager ein Fachwerkbau, der an drei Kleinbändler zu Pferdehändlern vermietet ist. Der in der Nachbarschaft wohnende Grüntrambändler Siegfried, ein junger Kaufmann, hatte ebenfalls sein erst kürzlich gekauftes, aber nicht versichertes Pferd in jenem Stalle untergebracht. Angeblich durch Explosion der Stalllaterne war nun gegen 9 Uhr Feuer entstanden, das in wenigen Minuten durch das Dach loderte. Während es nun noch gelang, zwei Pferde aus den Rebenhallen zu retten, war dasjenige des Siegfried bereits fürchterlich angekohlt. Es wurde zwar noch lebend herausgebracht, nihte dann aber über zwei Stunden die größtenteils Schmerzen ausstehen, bevor es von einem polizeilich beorderten Tierarzt getötet wurde.

Kurz vorher hatte die Eisenbahnbrücke an der Universitätsstraße durch Funken aus der Lokomotive Feuer gefangen. Größere Gefahr lag indes nicht vor, so daß eine Verkehrsstörung nicht eintrat und die Feuerwehre bald wieder abrücken konnte. Nachmittags 5 Uhr hatte Hochmeisterstr. 17 Feuers und Geräusch im Keller Feuer gefangen, was ein längeres Wassergeben durch die Wehre erforderte.

Aus den Nachbarorten.

Aus Rixdorf. Nachdem das von den städtischen Körperchaften beschlossene Ortsstatut über die Festsetzung außerörtlicher Fristen für die Auslegung der Wählerlisten für die Stadtverordnetenwahlen Gesetzeskraft erlangt hat, findet nunmehr bis zum 15. dieses Monats die Berichtigung der Wählerliste statt. Bei Aufstellung der diesjährigen Wählerliste kommt zum erstenmal das Gesetz vom 30. Juni 1900 in Anwendung. Nach § 2 desselben ist bekanntlich in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern die Drittelung der Wählerabteilungen dadurch herbeizuführen, daß jeder Wähler dessen Steuerbetrag den Durchschnitt des auf den einzelnen Wähler treffenden Beitrags übersteigt, stets der ersten resp. zweiten Abteilung zugeführt wird. Der nach diesen Vorschriften ermittelte Durchschnitts-Steuerbetrag eines Steuerpflichtigen incl. der Alltagskosten beträgt in unserer Stadt 86,50 M., mithin gehören sämtliche Steuerzahler, welche mehr als diesen Betrag entrichten, der zweiten bzw. ersten Wählerabteilung an. Wie bereits festgestellt ist, ergibt die neue Wählerliste folgendes Bild: Die dritte Abteilung zählt 14 701, die zweite Abteilung 1397 und die erste Abteilung 88 Wähler. Im Vorjahre dagegen waren in der 3. Abteilung 15 029, in der 2. Abteilung 692 und in der 1. Abteilung 84 Wähler eingetragen. Die in der diesjährigen Liste eingetragenen 16 126 Wähler bringen an Steuern

Insgesamt 1 109 256,81 M. auf; davon entfallen auf die 3. Abteilung 895 782,60 M., auf die 2. Abteilung 893 708,72 M. und auf die 1. Abteilung 319 675,49 M. — Bemerkenswert sei noch, daß die bisherige Einteilung der Wahlbezirke auch fernerhin beibehalten wird.

Bisher fehlt es noch an einer Verbindungsstraße zwischen dem Rottbuser Damm und der Friedhofstraße, was im öffentlichen Verkehr sehr empfindlich wird. Im Rixdorfer Bebauungsplan ist als Verbindungsstraße die Straße XIX (Pflügerstraße) vorgesehen, welche zum Teil eisenbahnschienenförmig Terrain trifft. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat jetzt erfreulicherweise genehmigt, daß das erforderliche Straßenland zwecks Anlegung der Straße XIX an die Gemeinde Rixdorf unentgeltlich übereignet wird. Da auch ein anderer beteiligter Grundbesitzer sich zur Uebernahme der Straßenbaukosten bereit erklärt hat, dürfte der Bau der genannten Straße nunmehr gesichert erscheinen. Dem südlichen Körperchaften wird in Kürze eine diesbezügliche Vorlage gemacht werden.

Auf entsetzliche Weise ums Leben gekommen ist in Köpenick der Arbeiter August Gemeinhart aus Straßau. G. hatte geschäftlich in Köpenick zu thun und benutzte diese Gelegenheit, dort wohnhaften Verwandten einen Besuch abzustatten. Als er dann weiterfahren wollte, rutschte er beim Besteigen des Fuhrwerks ab und geriet unter die Räder des schweren Wagens. Hierbei erlitt er so furchtbare Verletzungen, daß er bereits verstarb, bevor noch ärztliche Hilfe zur Stelle war.

Eine erstickte Beschwerde. In Lichtenberg tagte am 22. Dezember v. J. eine Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins, in dessen Geschäftsführung der überwachende Gendarm sehr eigenmächtig eingriff. Bei der etwas erregten Debatte forderte nämlich der Beamte den Vorsitzenden auf, mehr Ruhe zu schaffen, da er sonst die Versammlung auflösen müsse. Der Vorstand des Vereins glaubte, daß diese Einmischung des Beamten eine unmotivierte sei und beschwerte sich beim Landrat und schließlich beim Regierungspräsidenten über das Verhalten des Beamten. Von beiden Stellen ist die Beschwerde jetzt zurückgewiesen.

Bekanntlich wurde Genosse Kiffin, der der Versammlung den Antrag unterbreitete, Beschwerde gegen den Beamten zu führen, wegen Gendarmeneißeidung zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Vor den Augen der Eltern ertrunken. Ein bedauerlicher Unglücksfall, bei dem leider ein Menschenleben zu beklagen und eine dabei beteiligte junge Dame mit knapper Not dem Ertrinkungstode entgangen ist, hat sich am Mittwochvormittag in der neunten Stunde auf der Havel, zwischen Tegel und Heiligensee ereignet. Die 16jährige Tochter des an der sogenannten Werftanlage wohnenden Schienen-Aufsichters Streblow hatte in Gemeinschaft einer Freundin in einem Kahn in der Nähe der ersteren Wohnung eine Wasserpartie unternommen. Der Kahn geriet aber durch falsche Steuerung in einen der dort vorhandenen Strudel, der ihn sofort erfaßte und in die Tiefe zog. Trotz sofortiger Hilfe herbeigekletterter Schiffer konnte nur die eine junge Dame gerettet werden, während Freundin Streblow ihren Tod in den Wellen fand. An derselben Stelle hatten die Eltern des jungen Mädchens vor einigen Jahren schon einen Sohn verloren.

Gewichts-Beitrag.

Den besten Freund erschossen! Ein tragischer Vorfall führte gestern den aus Ungarn gebürtigen Trainier Stephan Venze unter der Aufsichtigung der sachverständigen Lösung vor die zweite Kreis-Strafammer am Landgericht II. Der Angeklagte stand früher in Diensten des Fürsten Hohenlohe und lernte dort den Reichsrathen Scalupla kennen. Beide wurden die intimsten Freunde. Seit einiger Zeit steht der Angeklagte im Dienst des Lieutenant's V. d. e. in Berlin, der in Hoppegarten einen Kaminofen besitzt. Im Monat Juni nahm auch Scalupla in Hoppegarten eine Stellung an. Da dieser aber nicht sofort in das von ihm gemietete Quartier einziehen konnte, so nahm ihn sein Freund Venze in seine Wohnung auf. Letzterer besaß ein Leichnam, welches er aber nie benutzte. Gegen Mitte Juni mußte der Angeklagte für seinen Herrn ein Pferd nach Leipzig bringen. Nach dreitägiger Abwesenheit kam er am 24. Juni nach Hoppegarten zurück. Er fand seinen Freund nicht mehr vor, dieser hatte bereits sein eigenes Quartier bezogen. Im Stalle fand der Angeklagte sein Leichnam. In demselben Moment trat auch Scalupla in die Thür des Stalles. Venze legte aus Scherz die Waffe an und drückte los. Wie vom Blitz getroffen, stürzte der Freund zu Boden. Die Kugel war ihm in den Kopf gedrungen. Der Verletzte lebte noch, starb aber am nächsten Tage. Der Angeklagte beteuerte mit Thränen in den Augen vor den Richtern, daß das Leichnam stets unbenutzt in seiner Wohnung gestanden habe. Er habe nicht einmal Patronen besessen. Seinem Freunde habe er auch nicht erlaubt, das Leichnam zu benutzen, er sei auch gar nicht danach gefragt worden. Daß sich der Freund in seiner Abwesenheit Patronen kaufen würde, habe er nicht ahnen können. Er habe seinem Freunde bei dem plötzlichen Wiedereintritt nur einen gelinden Schreck einjagen wollen. Der Gerichtshof überlegte sich an dem vorliegenden Leichnam durch Augenscheinnahme, daß man äußerlich an der Schusswunde nicht zu erkennen vermochte, ob dieselbe geladen oder nicht geladen sei. Trotzdem hielt der Gerichtshof den Angeklagten der sachverständigen Lösung für schuldig. Es sei an sich eine grobe Fahrlässigkeit, eine Schusswaffe auf einen Menschen anzulegen, wenn man nicht volle Sicherheit habe, daß dieselbe ungeladen sei. Auch dann noch ist es ein Mißgünstiger. Der Angeklagte habe aber in Betracht ziehen müssen, daß in der Zeit seiner Abwesenheit eine Veränderung mit der Waffe vorgegangen sei, daß dieselbe geladen worden sein konnte. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis.

Vermischtes.

Zu der Katastrophe auf dem Küsten-Dampferschiffe „Regie“ tragen vier folgendes nach: Das zur Reservedivision gehörende Schiff „Regie“ hielt in der Strandbucht seine diesjährigen Schießübungen ab, als plötzlich aus noch unbekanntem Ursache einige Köhren des Dampfessels platzten. Drei Helzer und ein Mann wurden scharf verbrannt, während vier andre im Maschinenraum anwesende Leute leichter verletzt wurden. Die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“, unser Parteiorgan in Kiel, bemerkt zu dem Vorfall noch folgendes: Wie man hört, soll das Unglück bereits kurz nach Mittag passiert sein. Erst gegen 7 Uhr abends wurden die Unglücklichen an der Vinetabrücke gelandet und mittels Krankenträger nach dem Militärhospital geschafft. Sollte es nicht möglich gewesen sein, die Verletzten — von der Strandbucht fährt eine Pinasse z. B. nur etwa eine Stunde — etwas früher ins Spital zu befördern? Die vier schwer Verletzten sollen entschuldigt verdrückt sein, so daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Jedenfalls wäre dringend zu wünschen, daß die Militärbehörde sich darüber ausläßt, wie das Unglück geschehen konnte, da es sich um Mannschaften der Reserve — also voraussichtlich Familienväter — handelt. Der Kessel, ein sogenannter Hochdruckkessel, soll erst vor kurzem in Danzig neu eingeseht worden sein. War die Arbeit so miserabel ausgeführt, daß das Unglück passieren mußte? Im Interesse der Familien der Verunglückten wäre sehr zu wünschen, daß die Militärbehörde auch hierüber sich ausläßt. Wie sehr man bemüht ist, das Bekanntwerden des Unglücks zu verhindern, mag daraus erhellen, daß es der Presse trotz aller Bemühungen nicht möglich war, die Namen der Verunglückten festzustellen. Etwas mehr Offenheit seitens der Militärbehörde wäre jedenfalls sehr angebracht.

Zwei Kinder verbrannt. Aus Bräufel wird berichtet: In dem demnachsten Gehirnte verbrannten vor den Augen der kranken Mutter zwei Kinder, welche mit Streichhölzern gespielt hatten. Die auf das Hilfesuchen der Mutter, welche gelähmt zu Bett lag, herbeigekommenen Hausbewohner kamen zu spät, um die Kinder zu retten. Als dem nach Hause kommenden Gatten der Verlust der beiden Kinder mitgeteilt wurde wurde er wahnhaftig.

Waldbrand. Die „Köln. Zig.“ meldet aus Osnabrück: Bei Fürstenaue wütete ein großer Waldbrand. Bis jetzt sind 1000 Morgen vernichtet worden.

Ein lustiges Stückchen vom Telephon wird aus Liebstadt in Ostpreußen erzählt: Wer oft am Telephon zu thun hat, der weiß, daß die Verbindung zuweilen recht schwer ist und der Anrufer wie der Angerufene alles Mögliche versuchen, nur nicht das, was wirklich in dem Fernsprecher hineingesprochen worden ist. Insbesondere hat der Anrufer seine liebe Not. Liebstadt hat in diesen Tagen Anruf an das Bezirksfernprengnetz erhalten. Ein benachbarter Gutsbesitzer ruft telephonisch einen Kaufmann in Liebstadt an und ersucht diesen, ihm verschiedene Materialwaren nebst Delikatessen zu senden, die zu einem Frühstück verwendet werden sollen. Die Sendung kommt endlich bei der Gutsbesitzerin an. Aber statt der erbetenen Matjesheringe hatte der Kaufmann in großen Kisten gut verpackt — ein Duzend Nachtgeschirre geschickt. Einen Moment Verblüffung im Kreise der Anstehenden, die sich dann schließlich in homerisches Gelächter auflöste.

Verband deutscher Barbiers, Friseur etc. (Zweigverein Berlin.) Donnerstag, den 8. d. M., abends 10 Uhr, bei Bauer, Rosenstraße 57, Versammlung.

Freie Vereinigung selbständiger Barbiers, Friseur und Perrückenmacher Berlin und Umgegend. Donnerstag, den 8. August, abends 9 1/2 Uhr, Versammlung im Dresdener Garten, Dresdenstraße 43. Kollegen als Gäste und zur Aufnahme willkommen.

Berein abstinenter Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin. Heute abends 8 1/2 Uhr bei Vanden, An der Stadtbahn 5: Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über den Verlauf des Jahres. 2. Gelegentliches Besondere. Gäste sehr willkommen.

„Es werde Licht!“ Verein zur Unterhaltung und Belehrung. Heute (Donnerstag) 9 Uhr abends bei Fischer, Balbir 8, Versammlung. Tagesordnung: 1. Uebung. 2. Diskussion über „Die Darwin'sche Theorie“. 3. Beschiedenes. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Eingegangene Druckchriften.

Die Socialdemokratie im badien Landtage 1899/1900. Ein Handbuch für socialdemokratische Landtagswähler. Im Auftrage der socialdemokratischen Landtagsfraktion, bearbeitet von A. Friedrich. Karlsruhe, Burger u. Holzschuh.

Aus dem Inhalt nennen wir: Landtagswahl-Programm der badien Socialdemokratie. — Die badien Verfassung. — Die Tätigkeit der socialdemokratischen Fraktion auf dem Landtage 1899/1900. — Die Wahlrechtsfrage. — Das Gemeinde-Wahlrecht. — Die Steuerreform. — Das Vereins- und Versammlungsrecht. — Die Justiz. — Das Unterrichts-wesen. — Die Finanzen. — Schul-wesen. — Socialer Arbeiter-fürsorge. — Die Landwirtschaft. — Handel und Gewerbe. — Verkehrs-wesen. — Die Budgetverhältnisse. — Die Statistik der Socialdemokratie in Baden. — Die gegnerischen Parteien in Baden. — Die Wahlkreise der Socialdemokratie.

Centralverein für Arbeitsnachweis in Berlin. Geschäftsbericht für das Jahr 1900.

Die Marabone des Alerikalismus. Rede des Landtags-Abgeordneten Dr. B. Adler, gehalten in der 13. Sitzung der 5. Session des niederrheinischen Landtags. Nach dem Stenogramm. Preis 10 Heller. Wiener Volksbuchhandlung, Ignaz Brand.

Marktpreise von Berlin am 6. August 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut D. Gr.	—	—	—	—	—	—	—
„ mittel	—	—	—	—	—	—	—
„ gering	—	—	—	—	—	—	—
Roggen, gut	—	—	—	—	—	—	—
„ mittel	—	—	—	—	—	—	—
„ gering	—	—	—	—	—	—	—
* Weizen, gut	16.—	15.—	—	—	—	—	—
„ mittel	14.90	13.90	—	—	—	—	—
„ gering	13.80	12.80	—	—	—	—	—
* Hafer, gut	16.50	15.70	—	—	—	—	—
„ mittel	15.70	15.00	—	—	—	—	—
„ gering	14.90	14.20	—	—	—	—	—
Weizenstroh	7.66	7.—	—	—	—	—	—
Heu	7.60	5.40	—	—	—	—	—
Erbsen	40.—	35.—	—	—	—	—	—
Erbsenrohnen	45.—	35.—	—	—	—	—	—
Linen	65.—	30.—	—	—	—	—	—

*) Drei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 7. August. Auf die niedrigen Notierungen, die heute aus Amerika gemeldet wurden, setzte am Frühmarkte Weizen und Roggen etwas niedriger ein. Weizen-Ungarn sandte ebenfalls etwas schwächere Preise, sehr fest war Paris. Dort erwartete man noch weitere Steigerung. Im Mittagverkehr blieb das Geschäft sehr klein und das Warenangebot schwach. Weizen konnte seine gestrigen Preise wieder einholen, Roggen dagegen blieb etwa 1/4 M. unter gestern. In Weizen war das Geschäft sehr still, die Preise unverändert. Sehr fest war Hafer, Mais unverändert, Weizen fest.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 7. August 1901. Amtlicher Bericht der Direction. Zum Verkauf fanden: 326 Rinder, 2458 Lämmer, 1424 Schafe, 9669 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 10 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (beziehungsweise für 1 Pfund in Pf.): Lämmer: a) vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 00—00, b) junge fleischige, nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene 00—00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00—00; d) gering genährte jeden Alters 00—00. — Schafe: a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 00—00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00—00; c) gering genährte 48—53. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgewachsene Färsen höchsten Schlachtwertes 00—00; b) vollfleischige, ausgewachsene Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 00—00; c) ältere ausgewachsene Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 00—00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 44—48; e) gering genährte Kühe und Färsen 40—42. — Ställe: a) fetteste Mastfärsen (Kohlmast) und beste Saugfärsen 65—68, b) mittlere Mast- und gute Saugfärsen 50—54, c) geringe Saugfärsen 54—58, d) ältere, gering genährte (Fleischer) 42—46. — Schafe: a) Mastschaf und jüngere Mastschaf 63—66, b) ältere Mastschaf 58—62, c) mäßig genährte Mastschaf und Schafe (Werkstoffe) 54—56, d) halbfleischer Niederungsschafe (Vedensgewild) 00—00. — Schweine: a) vollfleischige, der feinsten Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 220—280 Pfund schwer, 59—60; b) schwere, 280 Pfund und darüber (Räher) 00—00; c) leichtere 57—58; d) gering entwickelte 54—56; e) Samen 54—55. Für 100 Pfund mit 20 Proz. Tara.

Witterungsübersicht vom 7. August 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Eutinende	750.23	1	bedekt	14	Japaranda	756.20	2	heiter	13		
Danzburg	757.23	3	bedekt	14	Petersburg	—	—	—	—		
Berlin	757.99	2	bedekt	15	Kort	764.33	3	wolkig	16		
Frankf./M.	768.23	2	Regen	15	Köbenhavn	—	—	—	—		
München	760.23	7	bedekt	13	Paris	764.23	2	heiter	18		
Wien	757.23	2	Regen	16	—	—	—	—	—		

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 8. August 1901. Größtenteils kühl, zeitweise auffrischend, vorwiegend noch trübe mit leichten Regenschauern und mäßigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

C. W. Rixdorf. Wir haben keine Möglichkeit, Ihre Fragen zu beantworten; Sie betreffen ein untrer Kenntnis und unserm Interesse zu fernliegendes Gebiet.

F. K. u. M. M. Als angemessene Gebühren für Hebammen — eine rechtshändige Laxe giebt es nicht — werden erachtet: für eine einfache Entbindung 4—10 M., für eine verzögerte (Tag und Nacht) 6—15, für eine Zwillingentbindung 6—15, für eine Tagwache 1.50—3, für eine Nachtwache 3—4 M., für eine Tag- und Nachtwache 4—6, für einen Besuch am Tage 0.50 M., für einen solchen in der Nacht 1—2, für eine Verrichtung in der Wohnung der Hebamme 0.50—2 M.

H. 9 a. 1. Ja. 2. Vändung und dadurch Unkosten. 3. Ja. Wenn Sie aus der Kirche austreten wollen, so haben Sie zunächst an das Gericht Ihres Wohnorts ein etwa dahingehendes Schreiben zu richten; das beschließt die Kirche auszusprechen und beantragt zur Entgegen-

nahme meiner Austrittserklärung Termin anzuberaumen. Dieser Antrag wird durch das Gericht der Kirchengemeinde, der Sie angehören, lediglich zur Beachtung bekannt gemacht. Hieron wird Ihnen unter Bezugnahme des Tages, an welchem Ihr Antrag eingegangen ist, Kenntnis gegeben. Es kann auch Ihnen mitgeteilt werden, das Termin zur Entgegennahme Ihrer Erklärung andernfalls. In der Regel findet jedoch die Anberaumung eines Termins zur Aufnahme der Austrittserklärung nicht statt. Es steht vielmehr Ihnen als Antragsteller frei, sich an einem beliebigen Tage, der zwischen vier und sechs Wochen nach Eingang Ihres Antrags liegt, zur Abgabe der Austrittserklärung zu gerichtlichem Protokoll an der Gerichtsstelle zu melden. Erst durch diese vor Gericht abgegebene Erklärung erfolgt Ihr Austritt. In den Kirchenbüchern und Sie, so weit die Steuern auf Ihrer persönlichen Zugehörigkeit der Kirchengemeinde beruhen, noch bis ausgangs des Jahres, das auf Ihre Austrittserklärung folgt, also bis zum 31. Dezember 1902, verpflichtet. Zu den Kosten eines außerordentlichen Besuchs müssen Sie noch bis 1903 beitragen.

V. J. Endeckwalde. I. Die Höhe der Vorkasse für die Arbeitsbeiträge richtet sich in der Regel nicht nach der Höhe des wirtlichen Jahresarbeitsverdienstes, sondern wird wie folgt berechnet: Als Jahresarbeitsverdienst gilt, soweit nicht für einzelne Berufsbezüge von der höheren Verwaltungsbehörde ein anderer Jahresarbeitsverdienst festgesetzt wird, der 300fache Betrag des ordentlichen Tagelohns im Sinne des § 8 des Krankenversicherungsgesetzes. Diese Berechnung gilt auch für die Mitglieder freier Hilfskassen. Eine andere Berechnung greift in folgenden Fällen Platz: Es gilt als Jahresarbeitsverdienst: 1. für Mitglieder einer Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Bau- oder Zünfte-Krankenkasse der 300fache Betrag des für ihre Krankenbeiträge maßgebenden durchschnittlichen Tagelohns oder wirtlichen Arbeitsverdienstes (die Höhe dieses durchschnittlichen Tagelohns, sowie, ob der wirtliche oder ob der ordentliche Tagelohn zu Grunde gelegt ist, ergibt sich aus dem Krankenlistenkatalog), 2. für Anwartschaftslosen Mitglieder der 300fache Betrag des von dem Kassenvorstand festzusetzenden durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes, wenn dieser den ordentlichen Tagelohn übersteigt, 3. für Seelente der Durchschnittsbetrag des für die Berechnung der Unfallkosten vom Reichsanzeiger oder der höheren Verwaltungsbehörde festgesetzten Jahres-Arbeitsverdienstes, 4. für die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen, falls sie nicht zu den unter Nr. 1 aufgeführten Kategorien gehören; der für sie von der höheren Verwaltungsbehörde festgesetzte durchschnittliche Jahres-Arbeitsverdienst, 5. für Lehrer und Erzähler, falls nicht ein Jahres-Arbeitsverdienst von mehr als 1150 M. nachgewiesen wird, 850 bis 1150 M. In im voraus für Wochen, Monate, Vierteljahre oder Jahre eine feste bare Vergütung vereinbart und ist diese höher als der nach diesen Regeln maßgebende Durchschnittsbetrag, so ist diese Vergütung, also der wirtliche Arbeitsverdienst, zu Grunde zu legen. Das ist für viele gewerblichen Arbeiter, Werksmeister und Handlungsgeschäften von erheblicher Wichtigkeit. Statt der hienach zu verwenden Marken können Marken einer höheren Vorkasse verwendet werden, wenn Arbeiter und Arbeiter hierüber einverstanden sind. Auch wenn kein Gutverhältnis herbeigeführt wird, kann der Versicherte beantragen, daß für ihn in einer höheren Vorkasse gelistet wird, muß dann jedoch den Rechtsbeitrag selbst zahlen. — II. Es ist zu bedenken: für Lohnklasse I bei einem nach den vorstehenden Regeln ermittelten Jahresarbeitsverdienst bis 350 M. eine 14 Pf. Marke, für Lohnklasse II bei einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 350—550 M. eine 20 Pf. Marke, für Lohnklasse III bei einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 550 bis 850 M. eine 24 Pf. Marke, für Lohnklasse IV bei einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 850—1150 M. eine 30 Pf. Marke, für Lohnklasse V bei einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 1150 M. eine 36 Pf. Marke.

30. Dr. Knop: Sie erhalten die Broschüre für 50 Pf. in der Buchhandlung. — **Zweiter Abschnitt.** Und nicht bekannt. — **Zweiter Abschnitt.** 1. Sozial und bekannt zur Zeit von 1200 M. an. 2. Bis Ablauf des Jahres, das auf Ihren Austritt folgt, später nicht. — **M. 100.** 1. Rein. 2. Gar nicht. — **Kranter Genosse.** 1. Ja, weil das Geschäft auf dem Namen Rausen geht. 2. Rein. 3. Falls die Frau den Vorkaufvertrag nicht unterschreibt, häßter sie nicht. 4. Rein. — **Schleifer.** Ja; bei einem Einkommen von 600—900 M. Die Aufhebung dieser Steuerstufe ist wiederholt von den socialdemokratischen Stadtratsmitgliedern und auch vom Magistrat beantragt, von der Versammlung der Räter der Stadt abgelehnt. Nach Ablauf der hienach gelangt erneut ein auf Aufhebung dieser Steuerstufe abzielender Antrag zur Beratung. — **G. S. 10.** 1. Ja, es sei denn, daß die Bestrafung wegen Diebstahls, Hehlerei oder dergleichen erfolgt ist. Dann kann die Konfession verweigert werden. 2. Rein; nachmäßig ist es aber, die Bestrafung und Bestrafung zur Aktenentwicklung zu notariell oder gerichtlichem Protokoll oder wenigstens schriftlich anerkennen zu lassen. — **A. S.** Nicht immer. — **Ausländer, Rostockerstraße.** 1. Rein. 2. Ja, falls es für Ihren persönlichen Gebrauch bestimmt ist.

Gewerkschaftskartell

für Berlin und Umgegend. 288/13
Freitag, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Patt, Dragonerstraße 15:
Versammlung der Delegierten.

Die Delegierten werden um pünktliches und vollständiges Erscheinen gebeten.
Der Ausschuss.

Achtung! Gattler. Achtung!

Heute Donnerstag, den 8. August, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung zur Ergänzungswahl des Gesellen-Ausschusses
im Gewerkschaftshause (Saal VII, Seitenflügel).
Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.
(157/11)
Der Gesellen-Ausschuss.

Versammlung der Bretterträger und Brettschneider

am Sonntag, den 11. August, vormittags 10 1/2 Uhr,
im Königstadt-Kasino, Holzmarkt-Straße Nr. 72.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Abrechnung der Lohnkommission.
3. Vereinsangelegenheiten und Beschiedenes. Ausgabe der Billets zum Sitzungssitz und Renoual des Verwaltungsausschusses. 84/13
Der wichtigste Tagesordnung halber erwartet, zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Kollegen.
Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung der Händler u. Händlerinnen

Berlins und Umgegend
am Freitag, den 9. August, abends 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexander-Straße Nr. 270.
Tages-Ordnung: 1. Der heutige Straßenhandel und seine Lage. Referent: Stabsarzt Dr. Ferdinand Ewald. 2. Diskussion. 3. Beschiedenes.
Im Interesse unserer Sache ist es Pflicht eines jeden Kollegen, für diese Versammlung zu agieren und Mann für Mann zu erscheinen.
Für Deckung der Unkosten findet Teilerstattung statt.
Die Agitationskommission der Händler und Händlerinnen Berlins und Umgegend. J. A.: E. Armin, Bundesstr. 14.

Bauanschläger

Berlins und Umgegend.
Heute Donnerstag, den 8. August, abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshause (Saal IV), Engel-Ner 15:
Gr. öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Händler-Kommission über die Verhandlung vor dem Einigungsamt und Stellungnahme hierzu. 2. Beschiedenes. 34/4
Die neuen Tarife gelangen zur Ausgabe. Der Gießerer.

